

PAMBERI

Soziale Bewegungen, politische Integrationsprozesse und gesellschaftliche Konflikte in Afrika

NE AFRICA!





IMPRESSUM

Realisiert aus Mitteln
der „Stiftung Deutsche
Klassenlotterie Berlin“

Bildungswerk Berlin der
Heinrich-Böll-Stiftung
Kottbusser Damm 72
10967 Berlin
Tel.: 030-612 60 74
Fax.: 030-618 30 11

global@bildungswerk-boell.de
www.bildungswerk-boell.de

Bestellungen:
info@bildungswerk-boell.de

Redaktionsgruppe:
Franziska Hornbogen & Romin
Khan

Bilder auf den Seiten 2, 4, 9, 17, 23 &
36 mit freundlicher Genehmigung
entnommen aus: African Posters.
A catalogue of the poster collection
in the Basler Afrika Bibliographien.
Hrsg.: Giorgio Miescher und Dag
Henrichsen. Basel 2004

Berlin 12/2006



04 **Au und Nepad**

Good News From Africa?

08 **Optimale Gewalt**

Die Ölkonzerne und ihre „Partnerschaftliche Entwicklung“

12 **„Internationale Solidarität ist unbeständig“**

Interview mit dem südnigerianischen Aktivistin Dimieari von Kemedi

15 **Worte**

Gedicht von Richard Mammah

16 **Weder Krieg noch Frieden in Sierra Leone**

19 **Opfer ohne Reparation**

21 **Sie sagen**

Gedicht von Ben Okri

22 **The Long Walk to Liberation**

Soziale Bewegungen in Südafrika

26 **Von „Kreuz und Schwert“ zu „Kreuz und Brot“**

Die Rolle Christlicher Organisationen in Afrika

33 **Interview mit Terfa Dibaba**

„Die Abhängigkeit von anderen stoppt jede Möglichkeit, positive Kräfte frei zu setzen“

35 **Did You?**

Gedicht, Autor unbekannt

36 **Have the Slaves left the Master's House?**

42 **Kritische NGOs in Afrika**

VORWORT

Nach Lateinamerika (Brasilien) und Asien (Indien) wird das Weltsozialforum Ende Januar 2007 erstmals auf dem afrikanischen Kontinent, in Nairobi/Kenia stattfinden. Dieses anstehende Ereignis war Grund genug, die soziale und politische Entwicklung des subsaharischen Afrikas im Rahmen eines Wochenendseminars des Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung Anfang November 2006 in den Blick zu nehmen. Der Anlass des Weltsozialforums bot dabei die Gelegenheit, einen besonderen Schwerpunkt auf die sozialen Bewegungen des afrikanischen Kontinents zu legen.

Damit wurde versucht, jenseits der stereotypischen Krisenszenarien die über den Kontinent auch in der linken und kritischen Öffentlichkeit zirkulieren, ein anderes Afrika-Bild zu zeichnen. Die hiesige kritische Öffentlichkeit und globalisierungskritische Szene beschäftigt sich nur selten mit Afrika. Eine begrüßenswerte Ausnahme ist die Thematisierung der deutschen Kolonialverbrechen in Namibia und Tansania, die in den letzten Jahren zugenommen hat. Dennoch kommt, auch in diesem Kontext, die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Konflikten in Afrika und die Kritik an den Kontinuitäten kolonialer Eigentumsstrukturen, etwa in der Landfrage, häufig zu kurz.

Daher stand das Seminar unter der Leitfrage, welche fortschrittlichen gesellschaftlichen Ansätze ‚von unten‘ existieren und ob diese Bewegungen auf dem Weltsozialforum repräsentiert sind oder ob das Treffen den Trend zu einer NGO‘isierung afrikanischer Gesellschaften durch seine Zusammensetzung widerspiegeln wird.

Bedanken möchten wir uns bei den ReferentInnen Aissatou Cherif Baldé, Lehrbeauftragte am Asien-Afrika Institut der Universität Hamburg, Barounga Abdel Kader, Mitglied der Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB) aus Potsdam, Dr. Henning Melber, Direktor der Dag Hammarskjöld Stiftung aus Uppsala/Schweden und Anne Jung, Mitarbeiterin bei Medico International aus Frankfurt am Main, die leider verhindert war.



Die Broschüre fasst einige Positionen und Hintergründe, die in dem Seminar erläutert wurden, anhand von bereits erschienenen Artikeln zusammen. Leider war aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich, von allen ReferentInnen Beiträge zu veröffentlichen.

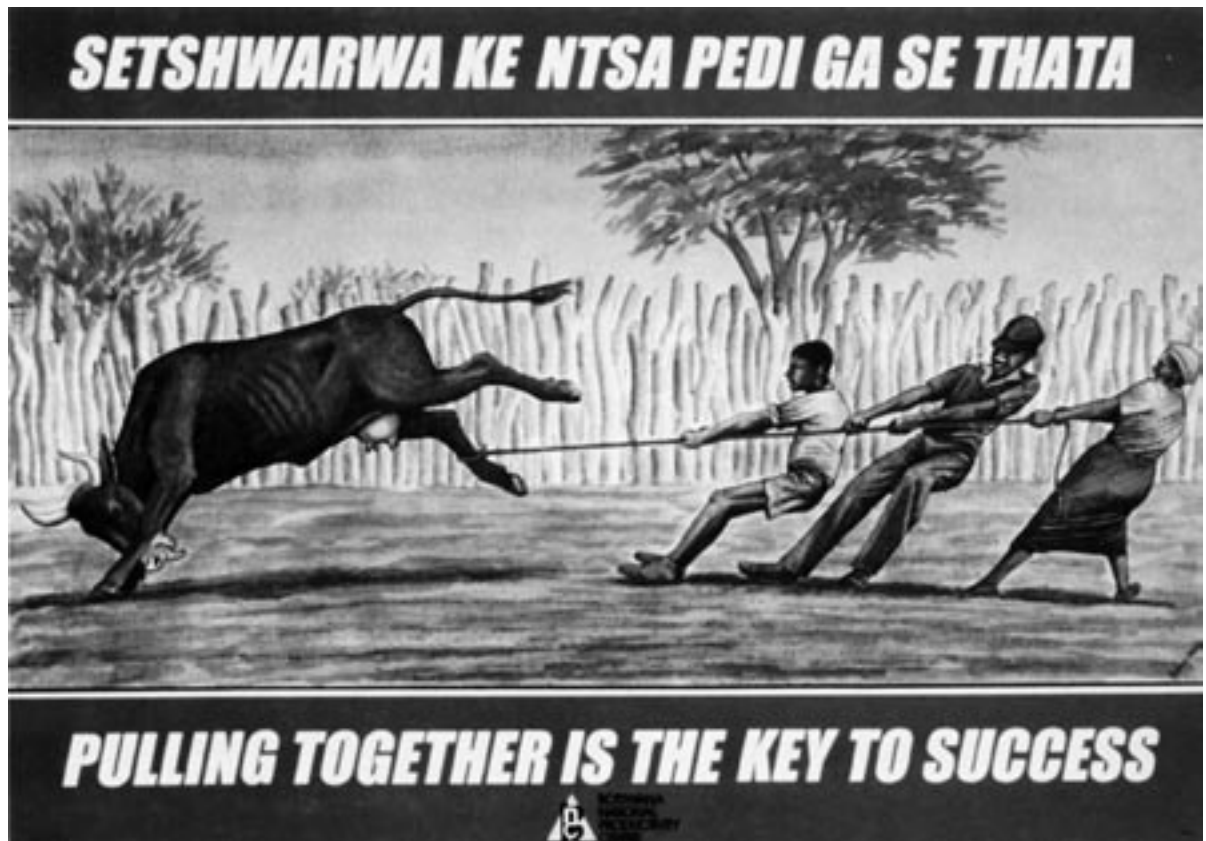
Die vorhandenen Beiträge reichen von der Bedeutung (pan-)afrikanischer Integrationsprozesse wie der ‚African Union‘ und wirtschaftlicher Kooperationsprojekte wie der ‚Neuen Partnerschaft für afrikanische Entwicklung‘ (NEPAD) über die gesellschaftliche Verarbeitung des Bürgerkriegs in Sierra Leone bis hin zum politischen Einfluss christlicher Entwicklungsorganisation in Äthiopien. Darüber hinaus wird das Engagement von sozialen Bewegungen in Nigeria und Südafrika thematisiert und einige Organisationen werden am Ende der Broschüre kurz vorgestellt. Den Bogen zum Weltsozialforum spannen die beiden südafrikanischen Autorinnen Mandisa Mbali und Amanda Alexander in ihrem Artikel über das 2004 in Lusaka, Zambia stattgefundenene ‚African Social Forum‘, in dem sie die finanziellen und ideellen Abhängigkeiten der afrikanischen Zivilgesellschaft von den Organisationen im Norden als Fortsetzung kolonialer Dependenzstrukturen kritisieren.

Man kann gespannt sein, wie diese Fragen in Nairobi behandelt und diskutiert werden.

*Franziska Hornbogen/ Romin Khan
Redaktionsgruppe, Dezember 2006*

AU UND NEPAD

GOOD NEWS FROM AFRICA?



von Henning Melber

Die sogenannten Afro-Pessimisten wie -Optimisten waren sich zu Beginn des dritten Jahrtausends unserer Zeitrechnung mehr uneins als meist zuvor. In der Beurteilung dessen, was sich da auf dem Kontinent abzuspielen begann, schieden sich sogar die Geister innerhalb der jeweiligen Lager. Die parallelen Initiativen zur Gründung der New Partnership for Africa's Development (NEPAD) und einer Umwandlung der Organisation for African Unity (OAU) in die African Union (AU) starteten als konkurrierende Projekte. Deren massgebliche Urheber und Architekten (Thabo Mbeki und Olusegun Obasanjo einerseits,

sowie Oberst Ghadaffi andererseits) vertraten durchaus konkurrierende Interessen und Strategien für eine modifizierte Politik sowohl innerhalb wie ausserhalb des Kontinents.

Die neue Achse Abuja-Pretoria zielte (unter Einbeziehung des senegalesischen Präsidenten Wade, der auf den anfahrenden Zug sprang sowie mit Hilfe Algeriens und Ägyptens) mittels NEPAD auf die stärkere Einbindung in die von der WTO strukturierten internationalen Wirtschaftsbeziehungen und hatte die Allianz mit den G8-Staaten im Visier. Die Partnerschaftsvision überzog die sozio-ökonomischen Essentials (besonders im Falle Südaf-

rikas zunehmend gepaart mit eigenen wirtschaftlichen Expansionsgelüsten innerhalb des Kontinents) mit einem Zuckerguss, der das Paket als neue Alternative für afrikanische Entwicklung noch schmackhafter machte. Als Kirsche auf der Sahne formulierte NEPAD erstmals im Rahmen eines afrikanischen Entwicklungskonzepts die Notwendigkeit zu friedensschaffenden und -sichernden Massnahmen sowie die Einhaltung elementarer Kriterien „guter Regierungsführung“.

Dieser von Thabo Mbeki propagierte „afrikanischen Renaissance“ trat unter Führung Ghadaffis die Variante eines neu belebten, rabiaten Pan-

Afrikanismus gekleidet im Gewande der einstigen self-reliance Ideologie entgegen. Die aus Öleinkünften finanzierte Offensive des lybischen Staatsoberhauptes konnte schwerlich als Marketing Strategie für demokratischere Verhältnisse auf dem Kontinent hoffähig werden. Statt dessen vermochte er jedoch die Schar der Autokraten und Kleptokraten für sein panafrikanisches Projekt zu gewinnen. Sie liessen sich gerne hofieren und gaben sich bereitwillig zu dem Versuch her, die gemeinsamen Pfründe hinter der Fassade des radikalen Pseudo-Antikolonialismus vom Schlage eines Mugabe zu sichern.

So liessen sich zu Beginn dieses Jahrhunderts zwei unterschiedliche, miteinander rivalisierende Versuche einer Hegemonialpolitik in Afrika erkennen. Deren Protagonisten bäugten sich misstrauisch, scheuten keine Ränkespiele und sprangen - trotz der rituellen Verweise auf die afrikanische Solidarität und Verbundenheit - keinesfalls zimperlich miteinander um. Das Intrigenspiel um Einfluss und die Sicherung von Machtpositionen ist seither nicht beendet, wohl aber einer erheblich pragmatischeren Paktpolitik gewichen. Nachdem sich sowohl NEPAD wie die AU organisatorisch etabliert hatten, erfolgte eine Phase der Annäherung, indem die Kompromisse gesucht und gefunden wurden. NEPAD wurde zum sozio-ökonomischen Instrument der AU erklärt und damit genau besehen der AU einverleibt. Allerdings bleibt der NEPAD zumindest vorläufig ein relatives Eigendasein gesichert. Ihr wurde für den Transfer des Stabes nach Addis Abeba eine Übergangsfrist zugebilligt. So operiert sie weiterhin relativ eigenständig vom Standort der Entwicklungsbank für das Südliche Afrika aus in Midrand (das praktischerweise in

Flughafennähe zwischen Pretoria und Johannesburg liegt). Im Gegenzug zum weiterhin relativ eigenständigen Handlungsspielraum und der zumindest offiziellen Akzeptanz durch alle AU-Mitgliedsstaaten befehligen sich die NEPAD-Protagonisten (zumindest ähnlich offiziell) die Hymne panafrikanischer Einheit mitzusingen

Vom verkaufsdienlichen NEPAD-Markenzeichen der Bemühungen um eine „good governance“ vermochte zumindest der eigenständig durchgeführte African Peer Review Mechanism (APRM) trotz anfänglicher Widerstände aus den Reihen zahlreicher afrikanischer Staatsoberhäupter zu überdauern. Die ersten vier „fact finding missions“ wurden 2004 durchgeführt. Als Vorzeigestück diente dabei Ghana, das inzwischen zunehmend als Musterbeispiel afrikanischer Reformbemühungen auch im Sinne von Demokratisierungsprozessen gilt. Allerdings wurde der APRM in seiner Schwerpunktsetzung zu einem Instrument getrimmt, das in erster Linie die „best practices“ in sozio-ökonomischer Hinsicht fördern soll. Auf Sanktionsmassnahmen gegenüber Staaten, die hinter den Erwartungen deutlich zurück bleiben und die Kriterien „guter Regierungsführung“ nicht erfüllen, wurde ausdrücklich verzichtet. – Das hörte sich anfangs der NEPAD-Initiative noch etwas anders an. So mag es kaum mehr zu verwundern, dass inzwischen die AU-Staaten für die Durchführung des APRM Schlange stehen und sich inzwischen über 25 Länder - zuletzt u.a. der Sudan - dazu gemeldet haben.

Die eilfertige Bereitwilligkeit, sich wenn schon nicht in die Suppe spucken zu lassen, so doch zumindest zu dulden, dass darin herumgerührt wird, ist ein Novum. Immerhin galt staatliche Souveränität als die grösste

Errungenschaft im Zuge der wenigstens formalen Dekolonisierung des Kontinents und lange Zeit als Ausrede und Schutz gegen unbotmässige Einmischung (wobei die jeweils herrschende Clique die Definitionsmacht ausübte, was als „unbotmässig“ galt – und das war eigentlich nahezu alles). Die Verabschiedung von dem Tabu liegt nicht nur daran, dass es von den internationalen Gebern mehr Gelder zu erwarten gibt, wenn die Durchführung des APRM als Zeichen des guten Willens ins Feld geführt werden kann (der schottische G8-Gipfel hat nicht umsonst die weiteren entwicklungspolitischen monetären Transfers ausdrücklich an Forderungen zur Erfüllung „guter Regierungsführung“ gekoppelt). Die relative Bereitwilligkeit zur Durchführung eines innerafrikanischen „TÜV-Verfahrens“ zur Bescheinigung zumindest bester Absichten wenn schon nicht Leistungen hat mit der neu konstituierten AU und deren Selbstverständnis mehr zu tun als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Erstmals wurde mit Verabschiedung der AU-Verfassung die heilige Kuh des Nichteinmischungsgebots in die inneren Angelegenheiten anderer afrikanischer Staaten ganz offiziell – wenn auch nur in wenigen grundsätzlichen Ausnahmefällen – ausdrücklich abgeschafft. Seither ist es den Regierenden des Kontinents möglich, bei Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in AU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage eines gemeinsamen Beschlusses zu intervenieren. Dem Katalog wurde in einer Ergänzungsklausel alsbald hinzu gefügt, dass legitime Regimes im Falle ihrer Bedrohung ebenso um den Schutz durch AU-Intervention nachsuchen können. Übrigens ein etwas zweifelhafter Zusatzparagraph, da er „Regimesicherheit“ genau bese-

hen über die „menschliche Sicherheit“ stellt. Im Prinzip wird damit die Option abgesegnet, dass eine „legitim gewählte“ Regierung wie die in Zimbabwe um AU-Militärhilfe nachsuchen könnte, wenn es sich intern existentiell bedroht fühlt.

Dass ein solcher Fall nicht ganz so an den Haaren herbei gezogen sein muss wie es vielleicht auf den ersten Blick scheint, dokumentiert die fortgesetzte Passivität gegenüber den skandalösen Verhältnissen in eben diesem Land und die offizielle AU-Verlautbarung, dass es keinerlei Handlungsbedarf gebe, um die jüngsten organisierten Vertreibungsmassnahmen der städtischen Bevölkerung zu kritisieren. Andererseits gab es zumindest erstmals einen relativen Erfolg zu verzeichnen, als ein Bericht der inzwischen innerhalb der AU-Strukturen deutlich gewichtigeren afrikanischen Kommission für Menschen- und Völkerrechte die Menschenrechtsverletzungen der Regierung Zimbabwes beim AU-Gipfel 2004 thematisierte und das Thema trotz offizieller Proteste (mit der Rückendeckung aus Pretoria, dessen jahrelanger Kurs der „stillen Diplomatie“ die Regierung Mbeki zum Komplizen der organisierten Menschenrechtsverletzungen im Nachbarstaat werden lässt) zwar aufgeschoben aber keinesfalls aufgehoben wurde.

Am Beispiel Zimbabwes wird das zweierlei Mass deutlich, das an die alten Zeiten der unverbrüchlichen Solidarität afrikanischer Despoten erinnert, deren dominante Mentalität dazu führte, dass auch noch die schlimmsten Diktatoren auf den OAU-Gipfeltreffen mit Pomp in Erscheinung treten durften. Ungeachtet dessen lassen sich aber auch Versuche ausmachen, nicht mehr ganz so grosszügig über die Versäumnisse in anderen Ländern des Kontinents hinweg zu sehen und dadurch bereitwillig jeden internationalen Imageverlust hinzu-

nehmen. Ob und in welchem Masse es letztlich zu einer Intervention kommt, hängt dabei allerdings immer noch wesentlich von geostrategischen und regionalpolitischen Konstellationen ab. So ist es kein Zufall, dass Mugabe noch immer als Diktator sein Unwesen treiben darf, während es zumindest in Darfur zu einer Präsenz afrikanischer Armeeverbände aus anderen Ländern gekommen ist (auch wenn deren reale Einflussmöglichkeit vor Ort höchst relativ ist, darf die grundsätzliche symbolische Bedeutung des Aktes keinesfalls unterschätzt werden).

Auch ist es nicht überraschend, dass angesichts der prekären Regionalkonstellation in Westafrika sowohl ECOWAS wie auch AU unter massgeblicher Führungsrolle Nigerias (sowie aktiver Beteiligung Thabo Mbekis) im Falle des Exits von Charles Taylor entscheidenden Anteil hatten. Dass der für Massenverbrechen verantwortliche Gangster im nigerianischen Exil sein Unwesen weiter treiben darf, ist dabei eine andere Geschichte. Die Versuche zur Konfliktminderung (wenn schon nicht -lösung) in der Elfenbeinküste sowie in Togo sind weitere jüngere und jüngste Beispiele für die gestiegene Bereitschaft der AU-Staaten, kollektive Verantwortung zu übernehmen. Das sind ebenso wie die neu geschaffenen oder im AU-System gestärkten separaten Institutionen (man denke hierbei an den Afrikanischen Gerichtshof und das Panafrikanische Parlament) Signale, die keinesfalls als irrelevant abgetan werden sollten. - Es ist nur in Erinnerung zu rufen, wie lange das Europäische Parlament brauchte, um sich vom zahnlosen Tiger zu einem bissigen Haustier zu emanzipieren, das dem Brüsseler Kommissariat als eigenständige politische Kraft durchaus Unannehmlichkeiten zu bereiten vermag.

Es ist also keinesfalls abzusehen, inwieweit die bislang erkennbaren neuen Akzente eher kosmetischer Art

bleiben oder auf eine grundsätzliche Änderung des innerafrikanischen Politikverständnisses deuten. Sie scheinen auf alle Fälle mehr als nur der sprichwörtliche alte Wein in neuen Schläuchen zu sein. Schon deshalb, weil sich die Interaktion nicht nur innerhalb des Kontinents seit dem Auftritt der demokratisch legitimierten Regierungen der beiden Wirtschaftsgiganten Nigeria und Südafrika mit Ende der 1990er Jahre grundsätzlich wandelte und sich Lybiens Staatschef als „opinion leader“ des harten Kerns der alten Garde seither angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse unter der furchterregenden Kombination Bush-Blair einer neuen Form der Kooperation sowohl mit dem Westen als auch dessen Verbündeten in der AU zugewendet hat. Aber auch deshalb, weil es in punkto WTO und G8 neue Trends gibt, die Kooperation mit NEPAD und durch NEPAD mit der AU zu intensivieren – und sei es auch nur geleitet vom „Kampf gegen den Terror“ und den Versuchen, das Konfliktpotenzial auf dem Kontinent in kontrollierbarem Rahmen zu halten. Die aktuelle Debatte um eine nennenswerte Vertretung Afrikas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist neben der Initiative der britischen Afrika-Kommission und den Afrika-Flirts der G8 ein weiteres Indiz, das in diese Richtung zielt.

Für Jubelchöre, wie sie seit Jahren von den NEPAD-Apologeten auch in den deutschen Landen (angesichts der erkennbaren Defizite mit wachsender Penetranz und Selbstgerechtigkeit) angestimmt werden, ist es angesichts der nach wie vor dominierenden „Realpolitik“ gewiss zu früh (es sei nur erneut das warnende Beispiel Zimbabwe bemüht). Mehr als ein neuer Pakt unter Eliten ist wohl weder beim APRM noch im Verständnis der AU erkennbar. Aber dieses Bündnisse mögen mittlerweile zumindest einem teilweise aufgeklärteren Herrschaftsverständnis

geschuldet sein, das letztlich auch zu Verbesserungen im Dasein derjenigen führen kann, die in der grossen Politik (nicht nur in Afrika) meist weiterhin keine Rolle spielen. Das alleine wäre schon Grund genug, andererseits auch den Unkenrufen derjenigen entgegen zu treten, die nach wie vor kein Licht am Ende des Tunnels sehen.

So lässt sich im Diskurs afrikanischer Regierungen eine Akzentverschiebung ausmachen, die „guter Regierungsführung“ und entsprechend verantwortlichem politischen Handeln mehr Gewicht beimisst, als dies noch vor kurzem der Fall war. Die zunehmende Zahl freiwilliger Transfers politischer Macht durch aus dem Amt scheidende Präsidenten kann als eines der Indizien hierfür gelten. Dass es dabei trotzdem noch durch Dekret angeblich moderner Staatsfürsten zur Deportierung engagierter Wissenschaftler kommt (wie unlängst im Falle des 72jährigen Kenneth Good, der wegen seiner kritischen Haltung zur Regierung vom Präsidenten Botswanas nach 15jähriger Lehrtätigkeit an

der Universität in Gaborone kurzerhand zum nationalen Risiko erklärt und wie ein Schwerverbrecher binnen Stundenfrist nach Bestätigung der Rechtmässigkeit des Erlasses durch das Verfassungsgericht abgeschoben wurde), sowie zur Verfassungsänderung um weitere Amtszeiten eines Präsidenten zu erlauben (wie gerade wieder im Falle Ugandas, das nun wohl Museveni ziemlich viel länger als „Vater der Nation“ erleben wird), zeigt letztlich nur, dass es für überzogene Erwartungen keinen Grund gibt.

Diejenigen, die angesichts solcher und anderer Tendenzen immer mal wieder ins Zweifeln geraten, wie ernsthaft es um die Reformen eigentlich bestellt ist und wie sich die dahinter steckende Interessenkoalition verorten lässt, sollten deshalb nicht gleich als destruktive Dauernörgler abgetan werden. Dass dies u.a. die (demnächst ehemalige?) Staatssekretärin im BMZ und Afrika-Beauftragte des Kanzlers Schröder sowie der verantwortliche Redakteur einer entwicklungspolitischen Zeitschrift in jüngerer Zeit

beflügelt von ihrer unkritischen NEPAD-Euphorie so gerne und eifertig in der deutschen Öffentlichkeit getan haben, hängt wohl nicht zuletzt auch mit deren eigener Positionierung inmitten dieser Prozesse zusammen. Missionarischer Eifer und Eigeninteressen schliessen sich nicht aus, sie ergänzen sich eigentlich eher. Für einen halbwegs gültigen Urteilsspruch über Ziele und Konsequenzen afrikanischer Reforminitiativen und die Motive der sie befördernden Akteure ist die Beweislage hingegen bei nüchterner Prüfung und Abwägung bislang allzu dürftig.

.....
Dr. Henning Melber war Direktor der Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU) in Windhoek (1992-2000) und Forschungsdirektor am Nordic Africa Institute in Uppsala (2000-2006). Derzeit ist er Direktor der dortigen Dag Hammarskjöld Stiftung.
.....

Der Beitrag erschien in gekürzter Fassung bereits in der Nord-Süd Zeitschrift iz3w, Ausgabe 287, September 2005



OPTIMALE GEWALT

DIE ÖLKONZERNE UND IHRE „PARTNERSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG“ IM NIGERDELTA

Nigeria: Trotz reichhaltiger Ölvorkommen ist das Nigerdelta eine der ärmsten Regionen Nigerias. Die darauf zurückgehenden Konflikte zwischen lokaler Bevölkerung und Ölkonzernen kulminierten 1995 in der Ermordung des Menschenrechtlers Ken Saro-Wiwa und im Boykott von Shell. Seitdem setzen die Ölfirmen mit Hilfe internationaler Entwicklungsagenturen wie der GTZ auf partizipative Entwicklungsprogramme. Ein Schritt in die richtige Richtung? von Anna Zalik

Im Dezember 2002 befand ich mich auf dem Weg zur Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC), dem staatlichen Erdölunternehmen. Dort wollte ich Informationen über die Community-Entwicklungsprogramme der verschiedenen multinationalen Ölkonzerne im Nigerdelta einholen. Doch zu dem Treffen sollte es nicht kommen: An jenem Tag brannte das Gebäude der NNPC in Ikoyi, einem modernen Stadtteil von Lagos, bis auf die Grundmauern nieder. Eine Gruppe militanter Jugendlicher übernahm im staatlichen Fernsehen die Verantwortung für den Brand. Die meisten Beobachter glaubten aber nicht an einen Anschlag von außen, sondern vermuteten dahinter einen Versuch innerhalb der Institution, belastende Akten verschwinden zu lassen.

Tatsächlich wäre ein Anschlag gegen ein NNPC-Gebäude eine neue Wendung in den Konflikten rund um das Erdöl in Nigeria. Bislang richteten sich die gewaltsamen Aktionen vor allem gegen Förderanlagen oder Infrastruktur. Sie dienen als Druckmittel, um Ölfirmen Kompensationszahlungen abzuverlangen, die ansonsten selten jene Tausende Dörfer des Ni-

gerdeltas erreichen, auf deren Gebiet Erdöl gefördert wird.

Gewinnsteigerndes Risiko

Zu Beginn meiner Forschung in Nigeria interessierte mich vor allem, ob und wie die Community-Entwicklungsprogramme von Shell, dem größten in Nigeria aktiven Ölkonzern, soziale Beziehungen stabilisieren. Ich ging von der Annahme aus, dass die Bemühungen der Erdölfirmen und der internationalen Entwicklungsorganisationen im Nigerdelta Mittel zu einem bestimmten Zweck sind: nämlich die Konfrontationen zwischen lokalen Communities und Ölgesellschaften zu minimieren, um somit eine problemlose Ölförderung zu erreichen. Doch im Laufe meines Aufenthaltes begann ich mich zu fragen, ob Frieden, Konfliktreduzierung und Stabilität wirklich zu den Zielen der sozialen Projekte gehören. Viele Aktivitäten der Ölfirmen lassen bemerkenswert wenig Interesse an der Minimierung der Gewalt in dieser Region erkennen. Das auf den Brand im NNPC-Gebäude folgende business as usual deutet darauf hin, dass die Ölförderung auch in einem derart gespannten Umfeld unvermin-

dert weitergehen kann.

Wenn die internationalen Medien von gewalttätigen Auseinandersetzungen an und um Förderanlagen berichten, steigen die Erdölpreise. Die Ölgesellschaften benötigen zwar einen gewissen Grad an politischer Stabilität. Doch gibt es offensichtlich auch einen optimalen Risikograd zur Profitsteigerung. Die wichtigsten in Nigeria aktiven Erdölfirmen – ExxonMobil, ChevronTexaco und Shell – verkündeten im Oktober 2003 Rekordgewinne. Shell taxierte seine globalen Profite beispielsweise für die ersten neun Monate 2003 auf 10,8 Milliarden US-Dollar, eine Steigerung von über 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Sie resultiert aus den Preissteigerungen aufgrund des Irakkrieges, aber auch aufgrund der Medienberichte über die Drohungen gegen die Erdölindustrie rund um die Stadt Warri im westlichen Nigerdelta. Die Bundesregierung Nigerias profitiert zusammen mit den Ölgesellschaften, da sie an all deren Aktivitäten im Land mit einer Mehrheit beteiligt ist.

Das Verhältnis zwischen Unsicherheit und Profitsteigerung bedarf insbesondere deshalb kritischer Analyse, weil die Aktivitäten der Ölgesellschaften eindeutig eine der grundlegenden Ursachen der Gewalt im Nigerdelta sind. Der Streit um die Landrechte an den Gebieten, auf denen sich eine Erdölquelle oder eine Pumpstation befinden, führt zur Verfeindung von benachbarten Dorfgemeinschaften. Diese Dörfer haben keine Rechte auf das dort geförderte



Erdöl, erhalten aber von den Ölfirmen geringe »Zugangszahlungen« für Probebohrungen und die Verlegung von Pipelines. Die damit verbundenen Kämpfe um Landrechte vertreiben Tausende Einwohner aus den Dörfern des Nigerdeltas. Die häufigen Schäden an den Ölförderanlagen zerstören Fischerei und Landwirtschaft und erzeugen eine Atmosphäre der Verdächtigungen und Isolation. Was den Ölgesellschaften als Sabotage und der einheimischen Bevölkerung als Versuch der direkten Kontrolle der Ressourcen gilt, geht aber oft auf die Störungsanfälligkeit der überalteten Anlagen zurück.

Bis Mitte der 1990er Jahre wurde kollektiven Aktionen im Nigerdelta mit direkter Repression begegnet. Die strategische Allianz aus Militärdiktaturen und Ölkonzernen bediente sich des staatlichen Sicherheitssystems sowie Arrangements mit Einzelpersonen und Interessengruppen, statt mit den gewählten Community-Vertretern zu kooperieren. Gerade diese divide and rule-Politik sähte Streit innerhalb und zwischen den Dörfern. Seit der Exekution der Führungsriege des Movement for the Survival of the Ogoni People (Mosop) 1995 und des sich anschließenden Shell-Boykotts wurde aber deutlich, dass die gewalttätige Unterdrückung den Unternehmen teuer zu stehen kommen kann. Denn nicht nur die Ölförderung, sondern auch das Image der Konzerne läuft Gefahr, Schaden zu nehmen. Der Kampf von Mosop mobilisierte eine bemerkenswert starke internationale Aufmerk-

samkeit für die Situation im Nigerdelta und verbannte Shell bis heute aus dem Gebiet östlich von Port Harcourt.

Ins Soziale investiert

Die vergangenen acht Jahre markieren eine neue Phase in den Beziehungen zwischen den Communities und der Ölindustrie. Während die Kämpfe weitergingen, entwickelte Shell ein »partizipatives« Community-Programm, das von anderen Ölgesellschaften mehr oder weniger kopiert wurde. Im Rahmen dieses Modells können die Vertreter der Dorfgemeinschaften in den Public Relations-Büros der Ölfirmen vorstellig werden und Barzahlungen oder Entwicklungsprojekte fordern. Unterstützt werden die Ölfirmen dabei von internationalen Entwicklungsorganisationen, speziell von bilateralen Gebern.

Das Hauptziel eines solchen leveraged buy-in ist es laut seines Initiators, ein »unterstützendes Umfeld für die Wirtschaft durch strategische soziale Investitionen« zu schaffen.¹ Als wichtigste Pfeiler der neuen Beziehungen von Shell zu den ölproduzierenden Dörfern gelten Empowerment, Selbsthilfe und Partizipation. Damit hat ein »friedensorientierter« Ansatz das vormals repressive Verhalten von Shell gegenüber sozialen Protesten ersetzt. Die Weltbank und deren International Financial Corporation (IFC) zeigten Wohlwollen für diesen Wan-

del und bewilligten 15 Millionen US-Dollar für einen Fonds, der zusammen mit Shell verwaltet wird. Die von ihm gewährten Kredite sollen kleine lokale Firmen befähigen, als Subunternehmer von der Ölförderung zu profitieren. Durch die Darlehen gewährt die IFC Shell praktisch eine Subvention, da die damit ausgestatteten nigerianischen Unternehmen ausländische Firmen aller Wahrscheinlichkeit nach unterbieten werden.

Nigerianische NGOs wie Environmental Rights Action (ERA) kritisieren dieses Projekt allerdings heftig, da die IFC »die sozialen und ökologischen Kosten ignoriere, die von den Communities im Nigerdelta zu tragen sein werden«. Nach Einschätzung von ERA wird das Projekt nicht zu einer wirklichen Entwicklung beitragen, da die Subunternehmer keine bleibende Beschäftigung schaffen. Die Shell zuarbeitenden Vertragsfirmen operieren auf Hire and Fire-Basis, und deren Angestellte müssen unter schlechten Arbeitsbedingungen und für sehr niedrige Löhne arbeiten. Das ursprüngliche Angebot der IFC, mittels eines partizipativen Modells feststellen zu lassen, ob die IFC-Darlehen tatsächlich der Situation im Nigerdelta angemessen sind, wurde auf den Kopf gestellt. Vielmehr lud man ERA ein, an der »Auswertung der Ergebnisse« des IFC-Projektes teilzunehmen, nachdem dessen Durchführung bereits

genehmigt worden war. Aus nachvollziehbaren Gründen lehnte ERA diese Art von »Beteiligung« ab.

Durch die Schaffung von lokalen »Stakeholders« in der Ölindustrie will Shell den Boykott von Mitte der 1990er Jahre als ungerechtfertigt erscheinen lassen. Doch das seinerzeit viel Kritik hervorgerufene Abfackeln des bei der Ölproduktion frei werdenden Erdgases – das verantwortlich ist dafür, dass viele Kinder aus dem Nigerdelta keine einzige dunkle Nacht gesehen haben – geht ungehindert weiter. Neu ist nur, dass die Ölkonzerne die Schuld dafür nun nicht mehr nur dem nigerianischen Staat, sondern auch den Subunternehmen und damit der lokalen Zivilgesellschaft zuweisen können.

Während Shell die Rhetorik der Teilhabe adaptiert, ignoriert das Unternehmen das eigentliche Ziel partizipativer Entwicklungsarbeit: Bewusstsein herzustellen für die Ursachen sozialer Unterdrückung. Genau daran besteht aber kein Interesse. Jene NGOs aus dem Nigerdelta, die sich für die Rechte von benachteiligten Communities einsetzen, werden marginalisiert. Ein markantes Beispiel dafür ist der Umgang mit der Kampagne »Mop-up the arms«, mittels der eine Koalition von Gruppen aus dem Nigerdelta jene Kleinwaffen einsammeln will, die vor den Wahlen 2003 in großer Zahl verteilt wurden. Einer ihrer Vertreter fragt sich empört: »Wie kann man die Leute bitten, Waffen abzugeben, wenn multinationale Unternehmen und die NNPC nur jene anhören wollen, von denen sie attackiert werden?« Durch eine solche Politik geraten die menschenrechtlichen Gruppen in ein Dilemma: Wenn sie durch ihre Absage an Gewalt Unterstützung bei den internationalen Entwicklungsorganisationen und in der nigerianischen »Zivilgesellschaft« suchen, minimieren sie gleichzeitig ihren Einfluss auf die lokalen Kämpfe im Nigerdelta.

Tragödie der Linken

Wie problematisch die neuen »Entwicklungsmodelle« im Nigerdelta sind, zeigt auch die Praxis des mittlerweile geschlossenen Office of Transition Initiatives (OTI) der US-amerikanischen Entwicklungsagentur USAID. Es sollte den »Übergang zur Demokratie« unterstützen und war besonders im Bereich Konfliktlösung aktiv. Glaubt man den Ölkonzernen und den Entwicklungsorganisationen, entstehen die meisten Konflikte im Nigerdelta, weil die Kompensationszahlungen der Ölfirmen innerhalb der Communities nicht gerecht verteilt werden, sondern sich einzelne Personen daran bereichern. Journalisten und Umweltschutzorganisationen halten dagegen, Shell und andere würden diese Situation durch Ignoranz gegenüber den lokalen Landrechten und die Strategie des »Teile und Herrsche« erst schaffen. OTI beschäftigte sich mit diesem Problem zwar in einer Reihe von Workshops. Doch vielen Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten zufolge werden die lokalen NGOs durch diese Vermittlungsversuche von ihrer eigentlichen Arbeit in den Communities abgelenkt. OTI schuf zudem einen professionellen Kader von Mediatoren, von denen einige mehr Augenmerk auf das eigene wirtschaftliche Wohlergehen denn auf Konfliktbeilegung richteten.

Fragwürdig ist auch die Dekontextualisierung der gesellschaftlichen Machtkämpfe im Nigerdelta, die ausschließlich auf die lokale Ebene verlagert werden. Ein Mitarbeiter einer NGO, die von Shell und internationalen Gebern unterstützt wird, beschreibt sein Anliegen so: »Unser Projekt will den Communities helfen, die Fokussierung auf Shell zu überwinden und mehr nach innen, auf ihre eigenen internen Konflikte, zu schauen.« Dass die Ausblendung internationaler und regionaler Machtgefälle tatsächlich dauerhaften Frieden schaffen kann, ist

jedoch nicht zu erwarten.

Die internationale Hilfsindustrie und deren wettbewerbsorientierte Zuteilung von Projektfinanzierungen brachten immer mehr Teile der nigerianischen Zivilgesellschaft dazu, sich mit Konfliktmanagement zu beschäftigen. Unter der Obasanjo-Regierung ab Ende der 90er Jahre und ihrer »Demokratisierungs«-Politik explodierte der NGO-Sektor in Nigeria regelrecht. Nur so konnten die aus dem Ausland eintreffenden Finanzmittel in Anspruch genommen werden. In vielen Fällen kommt das Personal der NGOs aus der Menschenrechtsbewegung. Edwin Madunagu, ein Journalist und akademischer Aktivist aus Ostnigeria, nennt die Depolitisierung der revolutionären sozialen Bewegungen im Süden durch ihr Aufgehen im NGO-Sektor »eine der größten Tragödien, die der Linken in den letzten fünfzehn Jahren des 20. Jahrhunderts widerfuhr«. Für den Umwelt- und Demokratieaktivisten Jaye Gaskia zeigt der Niedergang des Aktivismus, wie der liberale Menschenrechtsdiskurs die Akzeptanz des neoliberalen Modells innerhalb der nigerianischen Zivilgesellschaft begünstigte. Dies geschehe durch die Propagierung individueller Freiheiten statt kollektiver Wohlfahrt sowie durch die Vergabepaxis der Geberorganisationen, die auf sozialtechnokratische Ansätze wie »Konfliktbearbeitung« setzen.

Peter Ozo-Eson, ein nigerianischer Forscher, beschreibt die neue Agenda der Entwicklungshilfe für das Nigerdelta als »ökonomischen Fundamentalismus«. Die Agenda der Geber wie z.B. USAID werde zum Anliegen der nigerianischen Zivilgesellschaft gemacht. Konfliktlösung funktioniert aber in stark politisierten Auseinandersetzungen anders als bei politisch eher neutralen Fragen. »Wenn Geber auf Konfliktlösung drängen«, so Ozo-Eson, »sollte man daran erinnern, dass die Ölkonzerne im Zweifel auch den

Frieden eines Friedhofs akzeptieren.« Zu ihrer Methode merkt er an: »Warum sollte es ein universales Modell der Konfliktbeilegung geben? Warum sollen wir nicht auf die kulturellen Ressourcen der Menschen hier zurückgreifen?«

Viele nigerianische Aktivisten und Akademiker sind sich der Folgen des leveraged buy-in von Shells Empowerment-Ansatz sehr bewusst. Die Mitarbeiter der NGOs in Port Harcourt teilen ihre Reihen ein in jene, die für die Ölfirmen arbeiten, und andere, die das ablehnen. Kleine Gruppen, die händierend nach Mitteln zur Verbesserung der Situation ihrer Communities suchen, sind allerdings nicht in der luxuriösen Lage, Finanzmittel abzulehnen – aus welcher Quelle sie auch stammen mögen. So sehen sie sich zur »partnerschaftlichen Kooperation« mit privaten Ölfirmen gedrängt.

Masterplan von der GTZ

Bezeichnenderweise befinden sich die Büros der Europäischen Union und der GTZ in Port Harcourt nur wenige Meter entfernt von Shells Industriegebiet. Als internationale Entwicklungsagentur nimmt die GTZ derzeit eine ungewöhnliche Stellung innerhalb der Hilfsindustrie im Nigerdelta ein. Als zunehmend neoliberal orientierte Organisation, die vormalig an den deutschen Wohlfahrtsstaat gebunden war, konkurrieren die GTZ und ihre Tochterfirmen schon seit einigen Jahren auf internationaler Ebene um Aufträge. In Nigeria ist die GTZ mittels ihrer gewinnorientierten Beratungsfirma International Services (IS) tätig und somit ein Subunternehmer des nigerianischen Staates. Im Auftrag der Niger Delta Development Commission (NDDC) hat sie die Aufgabe, einen Masterplan für die Entwicklung der Region zu erstellen. Besonders Mosop ist jedoch verbittert über die geringen Chancen, auf die Gestaltung des Masterplans Einfluss nehmen zu

können. Die in den Communities weit verbreitete Einschätzung, dass da wieder mal was von oben oktroyiert wird, steht im krassen Gegensatz zu allem Gerede über Partizipation.

Die NDDC ist die neueste Institution, die von der nigerianischen Zentralregierung geschaffen wurde, um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Region zu überwinden. Seit ihrer Gründung im Jahre 2000 behindern sowohl die unzureichende Finanzierung der NDDC aus dem Haushalt des Bundes als auch das Desinteresse der Ölfirmen bei der Einrichtung ihres festgelegten Beitrages eine effektive Arbeit. Entsprechend gering sind die Chancen der ernsthaft an Entwicklung interessierten Mitglieder der Kommission, dringend notwendige Infrastruktur-Projekte auf den Weg zu bringen. Aufgrund von Korruptionsvorwürfen geriet die NDDC in letzter Zeit ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Im Nigerdelta wird sie besonders für die Fortsetzung der »Kontraktmentalität« zugunsten von Subunternehmern kritisiert. Aufträge im Bereich Infrastruktur gelten als besonders korruptionsanfällig. Es ist eine häufige Praxis, dass einzelne Gruppen in den Communities Bestechungsgelder von den dort ansässigen Unternehmern kassieren, wenn ein Auftrag erteilt wird.

Paternalismus statt Gerechtigkeit

Die Ölfirmen und insbesondere Shell bestehen darauf, dass sie in erster Linie Wirtschaftsunternehmen sind. Folgerichtig propagiert Shells Selfempowerment-Ansatz eine paternalistische Ideologie, der die Kompensationszahlungen der Ölgesellschaften als Almosen gelten. Doch eine angemessene Vergütung für die Ölförderung und deren ökologischen und sozialen Folgen ist eine Selbstverständlichkeit. Für viele NGOs wie z.B. ERA sind solche Zahlungen zentral für die Herstel-

lung von sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit im Nigerdelta. Denn noch immer wird diese durch die Auswirkungen der Ölförderung untergraben. Beispielsweise ruinierte die Straße zu Shells Gbaran-Ölfeld Ackerland und Flussarme, die bis dahin zur Nahrungsversorgung der angrenzenden Dörfer beigetragen hatten. Dem britischen Umweltforscher und ERA-Aktivisten Nicholas Ashton-Jones zufolge hat sich die Umweltsituation seit den späten 90er Jahren weiter verschlechtert. Darüber hinaus dokumentierte er Fälle der fortgesetzten Komplizenschaft Shells bei der Verletzung von Menschenrechten, bis hin zu Morden.

Der Kern des Problems im Nigerdelta bleibt die Verantwortlichkeit der auf Rohstoffausbeutung basierenden Industrie gegenüber den lokalen Communities. Doch statt die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit anzugehen, besteht eine der Hauptfunktionen der internationalen Hilfsindustrie darin, über die Unterstützung von Shells »partnerschaftlichem Modell« minimale Stabilität für die Ressourcengewinnung zu schaffen. Derweil zieht die Ölindustrie stillschweigend Gewinn aus dem »optimalen« Level an Gewalt.

[1] Als leveraged buy-in bezeichnet man eine Unternehmensübernahme, die überwiegend durch Fremdkapital finanziert wird. Deirdre La Pin, The Leveraged Buy-in: Creating and Enabling Environment for Business through Strategic Social Investments. Society of Petroleum Engineers, Richardson (Texas) 2000

Anna Zalik ist PhD-Kandidatin am Department of Development Sociology der Cornell University, Ithaca (USA). Sie forscht über Entwicklungshilfe in den erdölproduzierenden Gemeinden des Nigerdeltas und im Golf von Mexiko. Die Autorin dankt Ruben Eberlein für die Kommentierung einer früheren Fassung dieses Beitrages und für die Übersetzung.

„INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IST UNBESTÄNDIG“

INTERVIEW MIT DEM SÜDNIGERIANISCHEN AKTIVISTEN DIMIEARI VON KEMEDI

iz3w: Wie ist die Lage in Nigeria und im Nigerdelta heute, vier Jahre nach dem Antritt einer zivilen Regierung?

Kemedi: Nigeria ist weiterhin eine Demokratie ohne Bürger. Die Nigerianer sind Untertanen, sie haben nicht die Rechte, die Staatsbürgern in einer Demokratie eigentlich zustehen. Die Wahlen Anfang 2003, in denen das Prinzip »one man, one vote« nichts galt, verdeutlichen das. Die Menschen vertrauen der Regierung nicht. Was das Nigerdelta angeht: es ist ein erobertes Gebiet in der Bundesrepublik Nigeria. Der Staat betrachtet es nicht als Bestandteil des Landes mit gleichen Rechten wie andere Regionen. Der ölreiche Süden gilt den Regierenden als Topf, aus dem die Ressourcen für Projekte im weit entfernten Abuja oder in Lagos geschöpft werden.

Wie verliefen die Wahlen im Nigerdelta?

Mir wurde aus vielen Wards berichtet, dass keine Wahlen stattgefunden haben. In manchen der Wahllokale wurde die Beteiligung trotzdem mit 100 Prozent angegeben, und 95 Prozent sollen angeblich für die Regierungspartei PDP gestimmt haben. Das ist schlicht lächerlich.

Es gab Meldungen über einen mehr oder weniger bewussten Boykott des Urnenganges.

Tatsächlich blieben die meisten Leute zu Hause, weil sie der Meinung waren, es würde nicht von Gewicht

sein, ob sie wählen oder nicht. Aber ihnen war ja noch nicht einmal ein Boykott möglich, weil sich das nicht im Resultat niederschlug. Ihre Stimmen wurden einfach erfunden. Ich halte es allerdings für einen Fehler, nicht zur Wahl zu gehen. Wir sollten abstimmen und dann darauf bestehen, dass unsere Stimmzettel gezählt und die wirklichen Ergebnisse veröffentlicht werden.

Welche Strategien verfolgen der Zentralstaat und die internationalen Ölfirmen gegenüber dem Nigerdelta heute?

Bis zur Zerschlagung der Movement for the Survival of the Ogoni People (Mosop) und der Ermordung von Ken Saro-Wiwa und acht weiteren Ogoni-Anführern Mitte der neunziger Jahre arbeiteten die internationalen Ölfirmen direkt mit der Abacha-Diktatur und deren Sicherheitsapparat zusammen. Obwohl die Bundespolizei und das Militär weiterhin die Pumpstationen und andere Einrichtungen bewachen, findet das Blutvergießen heute vor allem zwischen den Menschen im Delta statt. Nachdem sich seit Ende der 1980er Jahre die Bevölkerung im Nigerdelta ihrer Rechte mehr und mehr bewusst wurde, versuchten die Ölfirmen immer aggressiver, dieses Aufbegehren zu spalten und so im Zaum zu halten. Dabei werden verschiedene Mittel angewandt. Zum Beispiel die so genannten stand-by-Zahlungen, bei denen Jugendgruppen dafür Geld erhalten, sich ruhig zu

verhalten. Das sehen natürlich andere in der Community oder aus benachbarten Dörfern als ungerecht an, und so stehen sich schnell verschiedene Gangs gegenüber. Eine andere Taktik sind Wachschutz-Verträge, bei denen die Jugendlichen Pipelines und andere Einrichtungen der Ölgesellschaften bewachen sollen. Auch das Konzept der Host-Community, bei der eine Gemeinde zum Empfänger der Sozialleistungen und informellen Zahlungen erklärt wird, führt zu Konflikten, weil in der Regel mehrere Dörfer auf das von den Ölfirmen genutzte Land Anspruch erheben.

Diese Strategie scheint allerdings nicht im Sinne der Ölfirmen zu funktionieren, wenn man an den Milizenkrieg von Warri denkt. Die Ölförderung kam dort vielerorts zum Erliegen.

Ja, es ist diese Politik, die für die Eskalation der Gewalt im Nigerdelta verantwortlich ist. Viele Jugendliche geben zu, das Geld der Ölfirmen für Waffen auszugeben – angeblich, um deren Anlagen zu schützen. Aber die werden natürlich auch gegen Leute in der eigenen Community, gegen die Nachbarn oder gegen die Ölfirmen selbst eingesetzt. Je mehr sie für die eigene Sicherheit bezahlen, desto unsicherer sind die Produktionsanlagen und Mitarbeiter der Erdölfirmen.

Seit einiger Zeit wird sogar die Stationierung von US-Marines diskutiert, um die Förderanlagen zu schützen. Was wären die Folgen davon?

„Eine Stationierung von US-amerikanischen Truppen würde die Gewalt nicht verringern, sondern eskalieren lassen.“

Diese Idee ist furchterregend. Eine Stationierung von US-amerikanischen Truppen würde die Gewalt nicht verringern, sondern eskalieren lassen. In Kolumbien trägt die Verpflichtung von ausländischen Sicherheitsfirmen in keiner Weise zu einer friedlichen Beilegung der Konflikte bei. Im Nigerdelta würde das ähnlich ablaufen, und außerdem wird der soziale Widerstand dämonisiert werden. Unter den Invasoren wird es Tote und Verluste geben, und das würde alles unter dem Label »terroristische Aktionen« abgeheftet werden.

Der beste Weg, die Probleme im Nigerdelta anzugehen, wäre die Gründe für ihre Entstehung zu minimieren. Die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Petro-Business muss verringert werden. Der Staat kann nicht einfach die ökologischen und sozialen Grundlagen zerstören, um an Erdöl zu kommen, und dann die Forderungen nach einer Kontrolle über die Ressourcen und nach ökologischer Verträglichkeit unterdrücken.

In welchem Zustand sind die sozialen Bewegungen im Nigerdelta heute?

Im Moment suchen sie nach neuen Strategien. Es gibt ein gewisses Maß an Frustration, weil die Dinge nicht wie gewünscht laufen und der Staat die meisten der engagierten Gruppen erfolgreich neutralisiert hat. Die Bundesregierung setzte alles daran, die sozialen Bewegungen im Nigerdelta zu zerstören. Das fing unter Abacha mit der Unterwanderung von Mosop an,

die 1995 in der Ermordung der Ogoni Nine ihren Höhepunkt fand. Mosop ist bis heute in rivalisierende Gruppen gespalten. Beim Ijaw Youth Council (IYC), das besonders nach der Kaiaima-Deklaration zu Bekanntheit kam,¹ bemühte die Regierung genau dieselbe Strategie der Spaltung zwischen so genannten Extremisten und Moderaten. Doch in diesem Falle konnte dem dadurch begegnet werden, dass eine der Fraktionen sich einfach zurückzog.

Durch diese Provokationen schadete sich die Regierung aber letztlich selber. Denn die gewalttätige Situation im Nigerdelta ist teilweise dem Umstand geschuldet, dass es keine geeinte soziale Bewegung gibt, die den verschiedenen Strömungen in den Communities Ausdruck verleiht.

Gab es auch interne Gründe für den Zerfall der Bewegungen?

Ja. Der IYC orientierte sich zum Beispiel zu sehr auf westlich-demokratische Wahlprozeduren und Kampagnen bei der Auswahl der Führungsriege. Das erlaubte der Staatsgewalt, die Strukturen und die Veränderungen an der Spitze nachzuvollziehen, was umgehend dazu genutzt wurde, Spannungen zu erzeugen. Die endemische Armut in der Region, die es dem Staat erlaubt, Teile der Bewegungen zu korrumpieren, ist ein weiterer Grund für deren Schwächung.

Wie ist eine Mobilisierung zu bewerten, die auf »ethnische Minderheiten« setzt – und damit den Ausschluss

der »Anderen« in Kauf nimmt?

Leider werden die Konflikte im Nigerdelta meist unter der Kategorie »ethnisch« abgeheftet. Doch das trifft nicht den Kern des Problems. Die Konflikte im Nigerdelta sind mit der Host Community-Praxis oder rivalisierenden Machtansprüchen der Eliten verbunden. Ijaw und Itsekiri bekämpfen sich in Warri aus denselben Gründen, warum sich Ijaw gegenseitig in Nembe bekämpfen. Es geht um Landrechte und um den Zugang zu den Dividenden aus dem Erdölgeschäft. Sicherlich schließt man aus, wenn man die Identität einer ethnischen Minderheit konstruiert. Daran ist aber nichts Verwerfliches, solange ein einigendes Band gefunden werden kann und die Identitätspolitik nicht zu unnötigen Spannungen führt. Im Nigerdelta war die Konsolidierung ethnischer Identitäten und deren Nutzbarmachung in den sozialen Auseinandersetzungen eine einigende, keine spaltende Kraft. Auf dem Höhepunkt der Mosop-Kampagne wurde die Bewegung zum Beispiel von vielen Nigerianern unterstützt, die nicht Ogoni waren.

Anfang und Mitte der 1990er Jahre fanden die Probleme des Nigerdelta erhebliche internationale Beachtung, auch in den Solidaritätsbewegungen des Nordens. Warum ist das Interesse so drastisch zurückgegangen?

Internationale Solidarität ist unbeständig und sucht nach Kristallisationspunkten. Gestern waren es Palästina oder das Nigerdelta, heute eine

„Menschen machen Fehler. Es kommt darauf an, sie zu benennen, um voranzukommen.“

andere Region. Die Agenda wird stark von den internationalen Medien beeinflusst. Wohin sie ihren Blick richten – und das ist dort, wo Blut fließt –, darauf konzentrieren sich die Solidaritätsgruppen. Sobald sich das Interesse der Medien verlagert, folgen die Aktivisten. Deren Fundraising ist bei Themen, die täglich diskutiert werden, einfach erfolgreicher.

Aber es fließt doch Blut in Nigeria. Seit 1999 sollen schätzungsweise 10.000 Menschen bei gewalttätigen Konflikten getötet worden sein.

Dies geht aber nicht einher mit einer klar erkennbaren sozialen Bewegung. Es gibt innerhalb der internationalen Solidaritätsbewegung Frustration über die Spaltung innerhalb der Gruppen in den Communities. Doch die Solidaritätsbewegung sollte sich deshalb nicht zurückziehen, sondern helfen, diese Spaltungen zu überwinden. Wir müssen akzeptieren, dass es kein simples Gut-Böse-Schema gibt. Menschen machen Fehler. Es kommt darauf an, sie zu benennen, um voranzukommen.

Einige BeobachterInnen meinen, eine Spaltung innerhalb der NGOs im Delta erkennen zu können zwischen jenen, die ihre Dienste zunehmend den Erdölgesellschaften für deren Community-Programme zur Verfügung stellen und anderen, die das strikt ablehnen.

Das sehe ich nicht so. Ein persönliches Beispiel: 1998 arbeitete ich für die Gruppe Academic Associates PeaceWorks. Sie suchte nach Wegen, um auf die Orientierung der Jugendli-

chen Einfluss zu nehmen. Wir wollten ihnen folgende Sichtweise nahe bringen: »Sicher, wir werden ausgebeutet und sind benachteiligt, und wir gehen dagegen vor. Aber lasst uns auch darüber nachdenken, wie wir unser Leben in weniger dramatischer Weise ändern können.« Das war meiner Meinung nach eine gute Idee, und so beteiligte ich mich daran, obwohl das Projekt von Shell bezahlt wurde. An der Präsentation der Ergebnisse im Frühjahr 1999 konnte ich aber nicht teilnehmen, weil ich als einer der an der Kaiama-Deklaration Beteiligten gesucht wurde. Die Arbeit mit den Ölfirmen lenkte mich also in keiner Weise vom Kampf für Selbstbestimmung ab.

Es ist also weiterhin sinnvoll, mit den Ölgesellschaften zusammenarbeiten?

Ob wir es mögen oder nicht: ein Wandel in unserem Sinne kann ohne ihre Kooperation nicht erreicht werden. Die Ölproduzenten sind zentrale Akteure. Der Druck auf sie muss von innen und außen kommen. Eine Reihe meiner Freunde arbeiten mit und für die Ölgesellschaften, Menschen mit vielen Ideen, deren Möglichkeiten aber beschränkt sind. Wir müssen mehr Leute ermutigen, in das System zu gehen und den Wandel herbeizuführen.

[1] In der Kaiama-Deklaration forderte eine Konferenz von Ijaw-Jugendgruppen im Dezember 1998 die Ölfirmen ultimativ zur Einstellung der Produktion auf und verlangte den sofortigen Abzug von Militär und Polizei. Außerdem wurde die Gründung des Ijaw Youth Council (IYC) beschlossen.

Dimieari Von Kemedi ist Aktivist der sozialen Bewegungen im Nigerdelta und leitet die NGO Our Niger Delta in Port Harcourt. Er arbeitet in den Bereichen Konfliktanalyse und partizipative Entwicklung und veröffentlichte zuletzt das Paper »Community Conflicts in the Niger Delta. Petro-Weapon or Policy Failure?« (<http://globetrotter.berkeley.edu/EnvirPol/WP/12-VonKemedi.pdf>).

Das Interview führte und übersetzte Ruben Eberlein.

[Artikel und Interview sind der Nord-Süd Zeitschrift iz3w, Ausgabe 274, Januar 2004 entnommen]

Richard Mammah - Der Verleger und Pan-Afrikanist lebt und arbeitet in Lagos/Nigeria

WORTE

Für Oka*

WORTE

WORTE KOMMEN NICHT
IN STRÖMEN ODER KASKADEN
WENN DER LEBENSFLUSS STRUDELT
IN KLEINEN WELLEN DES MANGELS

WORTE

WORTE WERDEN NIE
ÜPPIG UND SCHWEIFEND
WENN DIE GALERIE LEER
UND DIE KEHLEN VERTROCKNET

WORTE

WORTE WERDEN AUFHÖREN
WENN DER ATEM VERHAUCHT
DOCH ENDET DAS LEBEN
WENN DER WASSERHAHN TROCKEN?

WORTE BAUEN SCHLÖSSER
ZERWÜHLEN DIE WÜSTE
UND DIE VOM REGEN
GERISSENEN GRÄBEN

WORTE STERBEN NICHT
IHRE ZEIT LEBEN SIE
DENN AUCH BEI GESCHLOSSENEN LIPPEN
HAT DIE REISE DES ECHOS ERST BEGONNEN

DAS WORT IST TESTAMENT FÜR
DEN SCHMELZHERD DES LEBENS
DAS WORT IST DIE WAFFE
DIE DURCH DORNBÜSCHE BRICHT

* Oka führte einen fehlgeschlagenen Coup gegen die Militärdiktatur Ibrahim Babangidas (1985-1993) in Nigeria

Quelle: Nduka, Uche (Hrsg.): ...und auf den Straßen eine Pest. Junge nigerianische Lyrik, Horlemann 1996.

WEDER KRIEG NOCH FRIEDEN IN SIERRA LEONE

Abwesenheit von Krieg ist keine ausreichende Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung. Das militärisch erzwungene Ende des Bürgerkriegs bedeutet zwar einen großen Fortschritt für die Bevölkerung. Aber ohne Vergangenheitsbewältigung und echte Versöhnung gibt es keine positiven Perspektiven. Derweil nehmen internationale Hilfswerke eine solch zentrale Rolle ein, dass sie einheimische Institutionen bedeutungslos machen. Von Anne Jung

Menschen ohne Hände sind in Sierra Leone die lebenden Symbole des Krieges. Um die 20 000 Menschen wurden derart verstümmelt. Vor allem die Rebellenorganisation RUF (Revolutionary United Front) hat mit willkürlichen Amputationen die Bevölkerung terrorisiert. Aber auch reguläre Regierungstruppen haben Hände abgehackt. Zwei Jahre nach dem von den UN forcierten Friedensabkommen leben die Amputierten meist in Camps und sind so dem Sichtfeld der restlichen Bevölkerung entzogen. Der Anblick der Verstümmelten scheint äußerlich Unversehrten unerträglich zu sein, er erinnert an eigene traumatische Erlebnisse.

Juso Jaka hat beide Hände verloren. Das RUF-Opfer lebt in einem Camp für Amputierte, die ihr Leben lang im Alltag auf fremde Hilfe angewiesen bleiben werden. Um wieder etwas eigene Handlungsfähigkeit zu erlangen, gründete Jaka die Selbsthilfeorganisation War-Affected Amputees Association. Als erste Maßnahme unterband die Organisation das unerlaubte Fotografieren ohne ausdrückliche Erlaubnis im Camp. Es war allzu oft als Fotostudio für internationale Politikerreisen missbraucht worden.

Darüber hinaus hat die Organisation nicht viel erreicht. Die Bewohner

des Lagers werden zwar medizinisch versorgt und erhalten eine tägliche Nahrungsmittelration, die Chance, außerhalb des Camps ihr Leben selbst zu organisieren, bleibt ihnen jedoch meist versagt. Die Amputees Association möchte öffentlich über Kriegsverbrechen sprechen, sichtbar sein und Vorurteile gegen Behinderte abbauen. Die Mitglieder haben kein Büro, keinen Computer, geschweige denn einen Internetzugang. Sie genießen auch kaum Unterstützung von internationalen Organisationen.

Ein – eigentlich selbstverständliches – Anliegen der Amputierten ist Entschädigung. „Reparationen sind ein Zeichen der Entschuldung seitens des Täters“, sagt Juso Jaka. Sie wirkten „wie Medizin, die hilft, die Schmerzen zu verringern“. Die Amputees Association fordert die Einrichtung eines Kriegsofferfonds, aus dem die Amputierten und andere Opfergruppen Entschädigungen bekommen. Ein Prozentsatz der Einkünfte des Diamantenhandels soll das finanzieren.

Die Opfer bleiben Opfer

Doch dafür stehen die Chancen schlecht. Nach wie vor sind die Täter des Bürgerkriegs in Sierra Leone besser gestellt als ihre Opfer. Das spiegelt sich in den Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen wider, die die UN und zahlreiche internationale

Hilfsorganisationen durchführen. Zur Stabilisierung des Friedens müssen die Täter umgehend eine neue Beschäftigung erhalten, damit sie nicht wieder zu den Waffen greifen. Für die Unterstützung der Opfer sind dagegen kaum Strukturen geschaffen worden. Deshalb gaben sich manche Opfer sogar als Täter aus, um beispielsweise einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

Sierra Leone befand sich elf Jahre lang im Bürgerkrieg. Mindestens 75 000 Menschen der 5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner wurden getötet. Mehr als 5000 Kinder waren aktiv an Kampfhandlungen beteiligt, mindestens 50 000 Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt oder als Sklavinnen für sexuelle Dienstleistungen entführt. Finanziert wurde der Krieg aus dem Diamantenhandel. Für das Ende der Kämpfe sorgten an die 20 000 UN-Soldaten sowie Truppen, die den Friedensvertrag aushandelten und die Demobilisierung überwachten. Die Bevölkerung war bei diesem Prozess nicht aktiv beteiligt, auch wenn es zu vereinzelt Friedensdemonstrationen kam und im Vorfeld eine Kriegsmüdigkeit festzustellen war. Daher nimmt ein Großteil der Bevölkerung die Waffenruhe und ebenso die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen als einen von außen herbeigeführten Prozess wahr.

Kein Versöhnungsprozess

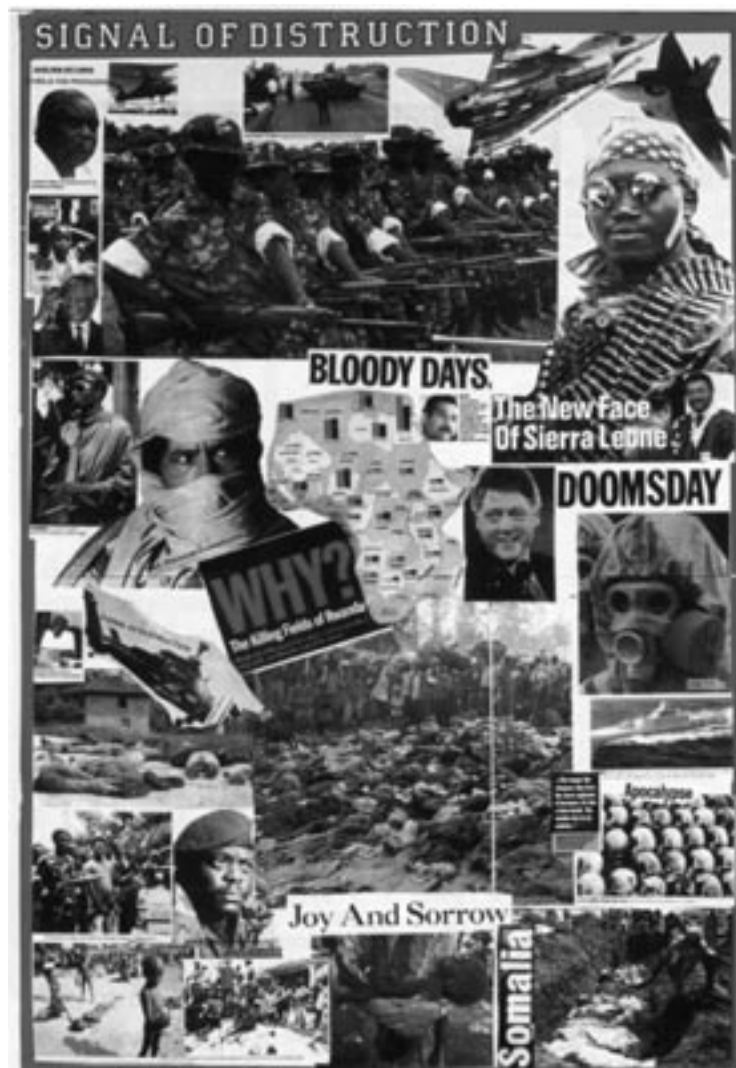
Es gibt in Sierra Leone zwei Ansätze, um die Gräueltaten gesellschaftlich und juristisch in den Griff zu bekommen – und beide greifen zu kurz. Zum einen tagt eine Wahrheits- und Versöhnungskommission nach südafrikanischem Vorbild, zum anderen richteten die UN einen special court mit US-Vorsitz ein, vor dem sich 15 der wichtigsten Kriegsverbrecher zu verantworten haben. Für die übrigen Täter wurde eine Generalamnestie verkündet. Die Bevölkerung fand es schwer erträglich, dass so viele Gewaltkriminelle ungeschoren davon kommen. Dies bestätigt auch Shellac Sonny-Davis, eine lokale NGO-Mitarbeiterin: „Für die Freiheit, nicht weiter vergewaltigt, vertrieben, verstümmelt und ermordet zu werden, müssen wir den Schmerz eines ungerechten Friedens ertragen.“ Die Waffenruhe sei nur „durch absolute Unterwerfung unter die Forderungen der Täter“ zustande gekommen.

Leider fiel auch die Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission nur unbefriedigend aus. Die Anhörungen in der Hauptstadt Freetown wurden von der Bevölkerung kaum zur Kenntnis genommen. Die Vorbereitungszeit der Kommission war kurz, schon drei Monate nach Kriegsende begannen die Befragungen – in Südafrika hatte die Vorbereitung mehrere Jahre in Anspruch genommen. Gespart wurde nicht zuletzt wegen Geldmangels bei der Kommunikation mit der Bevölkerung. Weder zum Geständnis noch auch nur zur Bezeugung glaubhafter Reue aufgefordert, schweigen viele beschuldigte Täter. Andere leugneten, was geschehen war. Manche fürchteten offenbar, sie würden zum special court überführt, falls sie sich selbst belasteten. Gewaltopfer wurden nicht gefragt, ob sie zur Vergebung bereit seien – oder ob sie das überhaupt wollten.

Die Anhörungen in den verschiedenen Provinzen des kleinen westafrikanischen Landes endeten mit einem Versöhnungs-Ritual. Die Täter legten sich vor der Kommission und den anwesenden traditionellen Führern auf den Boden und baten die Gemeinde um Verzeihung. Bei den besser besuchten Anhörungen in Magburaka in dem nördlichen Bezirk Tonkolili, wo sich das ehemalige Hauptquartier der RUF befand, blieben die Opfer, die über das erlittene Unrecht berichtet hatten, dem Ritual fern. Offenbar sahen die Betroffenen die Anhörungen nicht als ihren Ort an.

In Kürze wird die Kommission ihren Abschlussbericht vorlegen – auch um den Ansprüchen der Geldgeber ge-

recht zu werden. „Doch was macht“, fragt Yasmin Yuso-Sheriff, eine Anwältin aus Freetown, „eine Gesellschaft mit einer Analphabetenrate von 60 % mit einem schriftlichen Abschlussbericht?“ Es bedürfte finanzieller Mittel, um die Folgen der Verbrechen zu verarbeiten. Daran wurde seitens der UN nicht gedacht. Dennoch bemühen sich lokale Initiativen wie die Truth and Reconciliation Working Group weiter darum, den Versöhnungsprozess von „unten“ zu organisieren und eine Entwicklung in Gang zu bringen, die den Überlebenden und den Gemeinden hilft, ihre traumatischen Erfahrungen zu verarbeiten, und Auseinandersetzungen um Versöhnung und Gerechtigkeit einleitet.



Doch für die UN und die Regierung Sierra Leones ist Versöhnung offenbar kein Prozess, sondern ein Ereignis, das möglichst schnell und kostengünstig durchgeführt werden soll. Von einer echten Entschädigung der Opfer ist ohnehin keine Rede. Die Implementierung einer ausländischen Hilfsstruktur droht unterdessen jede Form der Eigeninitiative zu ersticken. Heute werden fast alle Krankenhäuser im Land von regierungsunabhängigen Organisationen betrieben. Internationale Hilfswerke senden meist ihre eigenen Mitarbeiter, anstatt die oft beschwerliche Kooperation mit lokalen Partnern zu suchen. Die einheimischen Fachkräfte sind nämlich oft selbst traumatisiert und fügen sich nicht reibungslos in eingespielte Teams ein. Zugleich sind die internationalen Hilfswerke zur erdrückend überlegenen Konkurrenz einheimischer Institutionen geworden und werben die fittesten Arbeitskräfte ab. Die Mieten steigen durch die massenhafte Präsenz der Hilfsorganisationen. Die großen Schilder vor ihren Anwesen dienen mittlerweile selbst den Einheimischen als Wegweiser.

Der Einsatz der UN wird politisch als Erfolg bewertet. „Wir haben den Krieg beendet“ wird selbstbewusst verkündet. Und tatsächlich ist das Ende der Kampfhandlungen für die Bevölkerung Sierra Leones von unermesslichem Wert. Die Konditionen des Friedens werden jedoch weitgehend von außen bestimmt. Ausgeblendet wird in der öffentlichen Debatte die Frage nach den Ursachen des Krieges in Sierra Leone und den Nachbarländern.

Wurzeln der Gewalt

Sierra Leone erlangte erst am 27. April 1961 nach 150 Jahren kolonialer Herrschaft die offizielle Unabhängigkeit. Die kommenden 30 Jahre bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs waren politisch vor allem von Militärumstürzen, Korruption und Wahlbetrug gekennzeichnet. Die koloniale Ausbeutung führte zu der Fragmentierung gesellschaftlicher Strukturen – durch die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, eine hohe Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und die zunehmende Militarisierung – und so entstand ein gesellschaftliches Klima, das den Ausbruch des Krieges im Jahr 1991 stark begünstigte. Der spätere liberianische Präsident Charles Taylor war der wichtigste politische Partner und Geschäftsfreund der RUF, er kaufte den Rebellen Diamanten ab, die sich später auf den Märkten Europas wiederfanden. Taylor wurde zudem über viele Jahre von den USA finanziell alimentiert. Der Warlord-Präsident wurde erst fallen gelassen, als herauskam, dass er Diamanten auch an das Terrornetzwerk Al Qaida verkauft hatte.

Mit dem Ende des Krieges sind aus „Konfliktdiamanten“ aber noch längst keine „Friedensdiamanten“ geworden. Sierra Leone ist laut Index des UNDP das ärmste Land der Welt. Weder auf nationaler Ebene noch international besteht Interesse daran, den Reichtum des Landes gerechter zu verteilen, geschweige denn die Arbeitsbedingungen für die Minenarbeiter zu verbessern – dies würde den Profit mindern. Der Großteil des erwirtschafteten Reichtums verlässt das Land gen Europa. Es folgen keine produktiven Reinvestitionen, die Arbeitsplätze und andere Exportmöglichkeiten schaffen würden. Die Arbeitsbedingungen der rund 4000 Minenarbeiter und -arbeiterinnen sind sklavenähnlich. Auch Kinder rackern in der Diamantenförderung.

Auch darin besteht der Unterschied zwischen Befriedung und Frieden. Ohne eine nachhaltige Veränderung der Einkommensverhältnisse gibt es wenig Perspektiven für die Demokratisierung des Landes. Die postkoloniale Abhängigkeit wird fortgeschrieben und stabilisiert damit eine Weltordnung, die auf Spaltung und Ungleichheit gründet. Denis Horman bezeichnet Globalisierung als einen „ausschließenden“ Prozess. Das „humanitäre Interventionsregime“ in Sierra Leone widerlegt diese These nicht. Die Frage bleibt, ob die weltweite kapitalistische Arbeitsteilung für arme Länder wie dieses überhaupt eine Perspektive bietet. Auch Hilfswerke sollten nicht vergessen, dass failing states nicht irgendwo im Weltraum in Gewalt versinken, sondern dass sich ihre Tragödie in ständigem Kontakt zum internationalen Staatensystem und in ökonomischer Verbindung mit anderen Ländern abspielt.

Literatur

- » Claudia Anthony, 2003: Historical and Political Background to the Conflict in Sierra Leone. In: Kai Ambos, Mohamed Othman (Hrsg.): New Approaches in International Criminal Justice: Kosovo, East Timor, Sierra Leone and Cambodia. Freiburg.
- » Denis Horman, 2000: Die Finanzmärkte „entwaffnen“. In Inprekorr Nr. 339/340.
- » medico international (Hg.), 2003: Macht und Ohnmacht der Hilfe. Eine Dokumentation über die Krise humanitären Handelns. Frankfurt.

[Der Beitrag ist der Zeitschrift für Entwicklung und Zusammenarbeit E+Z, Ausgabe April 2004 entnommen]

OPFER OHNE REPARATION

Im Jahr 2001 beendete der bislang größte und teuerste Blauhelmeinsatz der UN-Geschichte den Bürgerkrieg in Sierra Leone. Die Mission gilt international als großer Erfolg, obwohl Organisationen wie Human Rights Watch auf Menschenrechtsverletzungen durch die UN-Soldaten hinwiesen. Ende 2005 endete der Einsatz, die UN-Truppen zogen ab. Ob der Frieden hält, hängt vor allem davon ab, ob die Regierung und die internationale Gemeinschaft die Opfer des Krieges für ihr Leid entschädigen. Von Anne Jung

Um den Frieden zu sichern, startete die UN-Mission (UNAMSIL) gemeinsam mit der britischen Armee 2001 ein Entwaffnungsprogramm für ehemalige Kombattantinnen und Kombattanten: 70 000 Frauen und Männer gaben ihre Waffen ab, darunter Tausende ehemalige Kindersoldaten. Um ihnen eine ökonomische Alternative zum Krieg zu schaffen, erhielten viele Ex-Kämpfer finanzielle Starthilfen in Höhe von rund 150 Dollar sowie die Möglichkeit zu beruflicher Fortbildung. Diese Versuche, die ehemaligen Kämpfer in das gesellschaftliche Leben wieder einzugliedern, war für die Stabilisierung des Landes von großer Bedeutung. Es gab jedoch auch viele Rückschläge: Viele der Ex-Kombattanten gingen nach Liberia, um dort ihr Geld weiterhin im Krieg zu verdienen.

Dagegen erhielten die zahllosen Opfer kaum Unterstützung. Vor allem die Rebellenorganisation RUF (Revolutionary United Front) hatte während des Krieges mit brutalen Amputationen die Bevölkerung terrorisiert. Über 20 000 Menschen hackten sie Hände oder Beine ab, wie viele der Opfer heute noch leben, ist nicht klar. Zudem wurden mindestens 50 000 Frauen und Mädchen vergewaltigt, entführt und zur Prostitution gezwungen. Weil sie keine Hilfe erhielten, gaben sich nach dem Ende der Kämpfe manche Opfer

sogar als Täter aus, um beispielsweise einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Die Ungleichbehandlung von Tätern und Opfern gefährdet den Frieden im Land.

Das erinnert an die Zeit vor Ausbruch des Krieges: Der Abschlussbericht der mit UN-Hilfe implementierten Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) stellt fest, dass die tiefen sozialen Ungleichheiten in der Bevölkerung starke Ohnmachtsgefühle ausgelöst hatten. Der Griff zu den Waffen schien als einziger Ausweg aus der ökonomischen Perspektivlosigkeit, der Krieg war der einzige sichere Arbeitgeber. Tausende meist junger Männer schlossen sich als „Willing Revolutionaries“ und als Zwangsrekrutierte der Rebellenbewegung RUF an.

Edward Conteh, dem die Rebellen der RUF bei einem Überfall auf die Hauptstadt Freetown den Unterarm abschlugen, sieht deshalb die Gefahr, dass der Krieg neu aufflammt: „Es gibt für mich in Sierra Leone keinen Frieden, weil die Töchter und Söhne der Opfer leiden. Ihre Gemüter sind erhitzt – sie warten auf den Moment, sich zu rächen.“ Conteh ist Mitglied der Selbsthilfeorganisation Amputees and War Wounded Association, die Juso Jaka 2002 mitgegründet hat. Juso Jaka trägt statt seiner Hände zwei

metallene Zangen. Im Bürgerkrieg beschützte er seine Tochter vor den Milizen der RUF. Zur Strafe schlugen die Milizionäre dem Vater mit einer Machete beide Hände ab.

Die Association bemüht sich, den Überlebenden einen Teil ihrer Handlungsfähigkeit zurückzugeben. Sie kämpft für soziale Gerechtigkeit und fordert materielle Entschädigung für die Opfer. „Reparationen sind ein Zeichen der Entschuldigung seitens des Täters“, sagte Jaka bereits im Jahre 2002. Sie wirkten „wie Medizin, die hilft, die Schmerzen zu lindern“. Die Selbsthilfeorganisation hat nicht viel Geld zur Verfügung, doch ihre Beharrlichkeit hat erste Erfolge gebracht. Das nach Kriegsende eingerichtete Camp am Stadtrand Freetowns, in dem mehrere Hundert Überlebende nach Kriegsende untergebracht waren, wurde aufgelöst, einige haben bereits Häuser erhalten. Dennoch: Ohne Arme oder Beine können sie nicht oder nur schwer das Überleben ihrer Familien sichern. Da bislang niemand regelmäßige Unterstützung erhält, bleibt vielen Kriegsopferten nichts anderes übrig, als betteln zu gehen.

Während der Anhörungen der TRC wurde die Notlage der Opfer offenkundig. Der im August 2005 vorgelegte Abschlussbericht der Kommission plädiert folgerichtig für einen Kriegsopferfonds, den die Regierung

binnen drei Monaten nach Veröffentlichung des Berichtes einrichten solle. Der Fonds soll unter anderem Mittel für medizinische Behandlung, psychosoziale Betreuung, Ausbildung sowie finanzielle Entschädigung bereitstellen. „Die vier Bände der TRC sind vielleicht das wichtigste Buch, das in Sierra Leone jemals geschrieben wurde“, sagt John Caulker, der Leiter der Truth and Reconciliation Working Group, eines Dachverbands, der den Versöhnungsprozess kritisch begleitet. „Doch seine wirkliche Bedeutung kann das Buch nur entfalten, wenn seine Empfehlungen umgesetzt werden.“

Untätige Regierung

Doch Sierra Leones Präsident Ahmed Tejan Kabbah von der Sierra Leone People's Party (SLLP) ließ die Frist zur Implementierung des Fonds untätig verstreichen. Ein Grund dafür könnte nach Einschätzung einer Vertreterin eines Frauennetzwerkes, die namentlich nicht genannt werden möchte, die Befürchtung sein, ein staatlich finanzierter Opferfonds könne als Schuldeingeständnis der Regierung interpretiert werden. Denn: „Der TRC-Bericht enthält indirekte Hinweise auf die problematische Rolle der Regierung während der Massaker in Freetown 1999.“

Es besteht die Gefahr, dass die SLLP nach Abzug der UNAMSIL nichts mehr für die Kriegsoffer tut, sofern nicht internationaler Druck auf sie ausgeübt wird. Die UN sollten es als ihre Aufgabe ansehen, ihre Mission in Sierra Leone zu vollenden mit dem Ziel, der Bevölkerung im Land das Gefühl von „ownership“ zu geben, das sich während des Friedensprozesses bislang kaum eingestellt hat. Durch den Rückzug der UN entsteht ein Sicherheitsvakuum; viele befürchten die Rückkehr zur Gewalt. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission empfiehlt der Regierung, den Kriegsofferfonds auch aus den Einnahmen des Diamantenhandels zu speisen. Zudem sollten sich ausländische Geldgeber wie die britische Regierung und die EU an dem Projekt beteiligen. Die Kommission nennt außerdem die „internen und externen Akteure, die vom Konflikt profitiert haben“, und meint damit Länder wie Libyen und Liberia. Internationale NROs fordern darüber hinaus die Diamantenindustrie auf, sich an der Entschädigung zu beteiligen, weil sie im Krieg ihren Geschäften nachging und damit zur Finanzierung der Waffen beitrug.

Sogar die bitterarme Bevölkerung Sierra Leones wäre bereit, zur Finanzierung des Fonds beizutragen. „In Kirchengemeinden kann Geld gesammelt werden. Es gibt einen großen Willen zum Frieden, und die Bevölkerung wäre bereit, in den Entschädigungsfonds einzuzahlen“, berichtet die Anwältin Jamesina King. Dieser unbedingte Wille zum Frieden sollte für die internationalen Diamantenfirmen Anlass sein, sich ebenfalls zu beteiligen.

Nachdem über ein landesweites Treffen der Amputees and War Wounded Association im September international berichtet worden war, war Präsident Kabbah erstmals bereit, sich mit der Selbsthilfeorganisation zu treffen. Auch wenn der Verband das erste Entschädigungsangebot der Regierung als unzureichend zurückgewiesen hat, setzte das Treffen eine Öffentlichkeitskampagne in Gang, die auch in diesem Jahr von Organisationen wie medico international unterstützt werden wird.

Gerade weil die Regierung für alle Täter – außer den vor dem UN-Sondertribunal angeklagten Kriegsverbrechern – eine Generalamnestie erlassen hat und die Bevölkerung bereit war, diesen hohen Preis für den Frieden zu bezahlen, sollten jetzt die Bedürfnisse der Opfer in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken. Eine Entschädigung wäre ein Symbol gegen das Unrecht, das ihnen widerfahren ist. Derzeit hat die Bevölkerung das Gefühl, dass die Kriegsverbrecher belohnt und die Opfer erneut bestraft werden. Sollte der Krieg neu ausbrechen, dann hätte das nicht nur für Sierra Leone katastrophale Auswirkungen, sondern für die gesamte westafrikanische Region.

.....
Anne Jung arbeitet in der Presse- und Öffentlichkeitsabteilung der Frankfurter Hilfsorganisation medico international (www.medico.de)
.....

[Der Beitrag ist der Zeitschrift für Entwicklung und Zusammenarbeit E+Z, Ausgabe Januar 2006 entnommen]

Ben Okri

Der nigerianische Journalist und Literaturredakteur
lebt als Autor in Großbritannien.

SIE SAGEN

**SIE SAGEN
LIEBE WÄCHST
WENN SICH DIE ANGST VOR DEM TOD
ABZEICHNET.**

**SIE SAGEN
MUT ZEICHNET SICH AB
WENN DIE ANGST
NIEMALS WIEDER ZU LIEBEN
IM GESTANK DER FEINDE
VERSCHWINDET
DER UNS SO BEDRÄNGT
DASS WIR NUR KÄMPFEN KÖNNEN.**

**LIEBE UND MUT WACHSEN MITEINANDER
WENN DAS FLEISCH GEQUÄLT WIRD
UND DER GEIST BELASTET
UND VERDUNKELT IM ALBTRAUM
DANN SEHEN WIR DIE MÖGLICHKEIT
EINER ZUKUNFT.**

Quelle: Okri, Ben: Afrikanische Elegie.

Gedichte, edition Kappa 1999



THE LONG WALK TO LIBERATION

SOZIALE BEWEGUNGEN IN SÜDAFRIKA

Die politischen Verhältnisse in Südafrika sind hierzulande in den letzten Jahren nur selten Thema gewesen. Das Ende der Apartheid ging Anfang der 1990er Jahre als südafrikanisches Wunder in die Weltgeschichte ein, dessen weiterer Verlauf kaum noch Interesse hervorrief. Dies ist vor Hintergrund einer ehemals einflussreichen und spektrenübergreifenden Anti-Apartheid-Bewegung in West- und Ostdeutschland umso erstaunlicher. Während der Widerstand in Westdeutschland von kirchlichen Gruppen über das grünalternative Milieu bis hin zur militanten und autonomen Szene getragen wurde, war die Unterstützung der afrikanischen Befreiungsbewegungen in der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik die offizielle Regierungslinie. Eine Haltung, die nach Aussagen vieler Ostdeutscher auf breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen konnte. Von Romin Khan

Die wenigen Nachrichten, die vom Kap der guten Hoffnung nach Deutschland vordringen, handeln zumeist von politischen Querelen innerhalb der Regierungspartei African National Congress (ANC), den Problemen beim Bau von WM-Stadien oder widmen sich sorgenvoll der Frage, wie die weiße Minderheit nach dem Verlust ihrer durch die Apartheid festgeschriebenen Privilegien lebt. Nur selten wird erwähnt, dass die Demokratisierung Anfang der 1990er Jahre keine weitergehende Entrassifizierung der Gesellschaft mit sich gebracht hat, sondern die rassifizierte Klassenstruktur der Apartheid noch weitgehend intakt ist. Auf der einen Seite hat sich zwar infolge der Förderung schwarzer Beschäftigter und UnternehmerInnen eine zahlenmäßig geringe afrikanische Mittelklasse gebildet, und die Einkommensungleichheit zwischen schwarzer und weißer Bevölkerung wurde verringert. Doch auf der anderen Seite stehen einer sich sehr langsam entrassifizierenden Bourgeoisie und gesellschaftlichen Elite subalterne Klassen gegenüber, auf welche die alte Apartheid-Gleichung „schwarz gleich

arm“ noch immer zutrifft. Statistiken zeigen, dass die in Kolonialismus und Apartheid wurzelnde „systematische Ausbeutung und Exklusion“ (Terreblanche 2002) in der Post-Apartheid-Gesellschaft für einen Großteil der schwarzen Bevölkerung ihre Fortsetzung findet.

Die Qualität einer post-kolonialen Demokratie

In kritischen Beurteilungen der demokratischen Entwicklung in Südafrika wird zumeist vor einer zu starken Stellung des Präsidenten (Hopfmann 2006) oder vor der Entstehung eines Einparteienstaates gewarnt, der sich in Folge der hohen Wahlergebnisse des ANC und seiner damit verbundenen unangefochtenen Stellung herausbilde (Giliomee/Simkins 1999). Ein dauerhaft ausbleibender Regierungswechsel wie er in Südafrika zu erwarten ist, könnte das Land perspektivisch zu einer ‚defekten Demokratie‘ werden lassen. Suttner (2004) kritisiert die letztere Position für ihr enges Verständnis von Demokratie, die diese auf Aspekte von parlamentarischer Repräsentation reduziere. Da-

gegen hält er einen Regierungswechsel nur für einen Teilbereich demokratischer Gesellschaften und lehnt eine Fixierung auf diesen als Beweis für eine nachhaltige Demokratie als ein Dogma ab. Er führt stattdessen Prozesse der politischen Einbeziehung von Menschen außerhalb der Wahlen, die Schaffung von öffentlichen Beteiligungsmöglichkeiten und die Existenz von zivilgesellschaftlichen Organisationen als einen wichtigen Beweis für die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie an (ebd.). Diesem Demokratieverständnis schließe ich mich an.

Neben dem engen Verständnis von Demokratie, offenbart die Warnung vor der Einparteienherrschaft jedoch auch eine politische Position, die davon ausgeht, dass zwischen Regierenden und Regierten aufgrund der historischen Erfahrungen (Befreiungskampf) ein unabänderliches Loyalitäts- und Vertrauensverhältnis vorherrscht. Hier wird oftmals in rassistischer Weise ein Bild von unaufgeklärten, unmündigen schwarzen ANC-Anhängern gezeichnet, die un-



fähig seien, sich für eine andere Partei zu entscheiden. Dagegen interpretiere ich das Aufkommen von sozialen Protesten in den letzten Jahren und die Entstehung von sozialen Bewegungen seit 1999 als Hinweis darauf, dass die Hegemonie der Regierenden und das Vertrauen der Regierten in die politische Klasse auch im Kontext einer vielfach gespaltenen Gesellschaft wie der südafrikanischen keine monolithischen Kategorien, sondern veränderlich sind und aktiv hergestellt werden müssen.

Das Alte im neuen Südafrika

Die Entstehung von sozialen Bewegungen in der Post-Apartheid-Gesellschaft seit Ende der 1990er Jahre kann im Wesentlichen durch zwei

Prozesse erklärt werden (vgl. Ballard et al 2005): Erstens hat sich die soziale Situation seit dem Ende der Apartheid für einen Großteil der schwarzen Bevölkerung verschlechtert oder ist sehr prekär geblieben. Mit der Einbindung der Wirtschaft in den Weltmarkt kam es zu einem massiven Abbau von zwar niedrigqualifizierten, aber regulären Arbeitsplätzen in der Industrie und infolge zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 40 Prozent. Zusätzlich hat sich der ANC mit seinem 1996 verabschiedeten Programm Growth, Employment and Redistribution (GEAR) in der Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich neoliberal positioniert. Die Sozialausgaben reichen bei weitem nicht aus, um die soziale Krise in den Townships und informellen

Siedlungen zu lösen. Im Kontext der neoliberalen Politik kam es zu einer Kommodifizierung von kommunalen Grundleistungen und öffentlichen Gütern wie Wohnraum, Strom und Wasser, deren Bezahlung für viele Menschen aufgrund verschärfter Armut kaum möglich ist.

Zweitens bedeutet der zunehmende Verlust regulärer Arbeitsplätze, dass die Gewerkschaften weniger Beschäftigte erreichen und sie ihren Anspruch, die Interessen der armen Mehrheitsbevölkerung zu vertreten, nicht mehr einlösen können. Gleichzeitig sind sie als Teil der regierenden Dreierallianz mit der Kommunistischen Partei und dem ANC ein wichtiger Baustein im herrschenden Macht-

block und über die Sozialpartnerschaft institutionell eingebunden.

Das Vakuum an politischer Repräsentation wird dadurch hervorgerufen, dass nicht nur der ANC, sondern auch ein Großteil der ehemaligen sozialen Bewegungen wie die Massenbewegungen und Bürgervereinigungen (civics), die sich gegen die Apartheid organisiert hatten, nach der gesellschaftlichen Demokratisierung im Staat aufgegangen sind oder in enger Kooperation mit ihm stehen.

Verschärfung der sozialen Konflikte

Das kooperative Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat änderte sich Ende der 1990er Jahre, als soziale Bewegungen neben den registrierten NGOs und Bürgervereinigungen auftauchten, die bereits Gefahr liefen, auf die staatlicherseits ausgegliederte Versorgung mit Sozialleistungen (service delivery) reduziert zu werden.

Die Ziele der neu entstandenen sozialen Bewegungen liegen im Wesentlichen in der Mobilisierung der armen und sozial marginalisierten Bevölkerung zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Gegenüber dieser vagen gemeinsamen Agenda lassen sich zahlreiche Unterschiede im Verhältnis zum Staat und zum ANC als Regierungspartei und in der politischen Ausrichtung festmachen. Diese Differenzen können anhand zweier wichtiger Organisationen im Feld der sozialen Bewegungen in Südafrika verdeutlicht werden: Zu den bekanntesten und größten Organisationen, die unter dem Begriff der neuen sozialen Bewegungen gefasst werden, zählt die Treatment Action Campaign (TAC), die sich seit 1998 für die Behandlung von an AIDS erkrankten oder HIV-infizierten Menschen einsetzt. TAC

fordert die staatliche Ausgabe von überlebenswichtigen Medikamenten und die Freigabe der Lizenzen für die Produktion der Präparate durch die internationalen Pharma-Konzerne. Zu diesem Zweck wendet die TAC mit ihren landesweit etwa 16.000 Mitgliedern verschiedene Mittel an, die von Gerichtsprozessen gegen staatliche Stellen bis hin zu öffentlichen Kampagnen und Demonstrationen reichen. Getragen werden die Kampagnen zu einem überwiegenden Teil von armen, schwarzen Frauen aus den informellen Siedlungen am Rande der Städte, die überdurchschnittlich von der AIDS-Pandemie betroffen sind. Aufgrund dessen, dass TAC nicht in fundamentaler Opposition zum Staat steht und viele führende Mitglieder, wie der Vorsitzende Zackie Achmat, ANC Mitglieder sind, wird TAC oftmals von linken Bewegungen kritisiert. Achmat verteidigt seine Mitgliedschaft im ANC damit, dass er die Partei für die einzige hält, die in der Lage ist eine soziale Transformation zu erreichen und rechtfertigt die „reformistische“ (O-Ton Achmat) Linie, mit den sozial- und gesundheitspolitischen Erfolgen, die TAC im Gegensatz zu anderen Bewegungen erreicht hätte.

Enjoy free water!

Auf der anderen Seite finden sich bei den neuen sozialen Bewegungen Organisationen wie das lokal auftretende Soweto Electricity Crisis Committee (SECC), das sich seit 2000 gegen die Abschaltungen von Strom und Wasser bei verschuldeten Haushalten einsetzt und den kostenfreien Zugang zu diesen Grundleistungen fordert. Zu diesem Zweck organisiert das SECC Demonstrationen von betroffenen BewohnerInnen und Nachbarschaften und setzt sich offensiv für die Verbreitung von seit dem Widerstand gegen die Apartheid bestehenden Aneignungsformen ein, wie z. B. der Praxis

abgeschaltete Haushalte wieder an das Strom- oder Wassernetz anzuschließen. Organisationen wie das SECC führen die politische Kultur aus dem Anti-Apartheid-Kampf weiter, in dem sie an Konzepten einer direkten Demokratie festhalten und die Spielregeln der repräsentativen Demokratie unterlaufen. So führen die Demonstrationen immer wieder zu Häusern von AmtsträgerInnen, wie z.B. 2002 zum Haus des damaligen Bürgermeisters des Großraums Johannesburg Amos Masondo. Im Verlauf der Demonstration wurden die Wasser- und Stromleitungen des Hauses von Masondo unter dem Motto „to make them taste their own medicine“ von den DemonstrantInnen beschädigt. Es kam zum Schusswaffeneinsatz durch den privaten Sicherheitsdienst und 87 DemonstrantInnen wurden von der Polizei festgenommen.

Anders als die TAC begreift sich das SECC als antikapitalistische Organisation und leitet seine Kritik am ANC und am Staat aus diesem Verständnis ab. Das SECC ist Mitglied im Anti-Privatisation-Forum (APF), welches im Großraum Johannesburg die Koordination der lokalen, anti-neoliberal orientierten sozialen Bewegungen und Community-Organisationen übernimmt. Viele der führenden AktivistInnen im SECC, APF und anderen sozialen Bewegungen waren zuvor Mitglieder des ANC oder der Kommunistischen Partei und wurden aufgrund ihrer Kritik an der Wirtschaftspolitik aus diesen Organisationen ausgeschlossen.

Soziale Kämpfe nehmen zu

Die Unzufriedenheit mit der sozialen Situation hat in den letzten Jahren, insbesondere vor den Kommunalwahlen im März 2006, zu Hunderten von Sozialprotesten wie Straßenblockaden und Demonstrationen geführt.

Vielfach lassen sich die Proteste aber nicht auf das Engagement der sozialen Bewegungen zurückführen, sondern sind eher spontaner Ausdruck einer massiven Unzufriedenheit. Eine Überführung dieser Proteste in einen sich verstetigenden politischen Organisationsprozess wurde trotz des Vorhandenseins einer landesweiten Vernetzung antikapitalistisch ausgerichteter sozialer Bewegungen, NGOs und Landlosengruppen, dem Social Movement Indaba (SMI) bisher nicht geschafft. Im SMI wie in den einzelnen Organisationen werden im Moment eher verschiedene Konflikte ausgetragen, die generell für die Entwicklung einer außerparlamentarischen Linken in Südafrika eine große Rolle spielen, wie die Gründung einer linken Wahlpartei, das Verhältnis zwischen Community-Organisationen und NGOs und der Zugang zu Ressourcen.

Politische Herrschaft nach dem Ende der Apartheid

Die ausbleibende Vergrößerung der sozialen Bewegungen zeigt, dass der ANC mit seinem Prestige als siegreiche Befreiungsbewegung weiterhin eine hegemoniale Stellung innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft einnimmt. Er hat seinen Alleinvertretungsanspruch über die Belange der vormals benachteiligten Mehrheitsgesellschaft aufrecht gehalten und verschiedene programmatische Wendungen vollzogen, die förderlich sind, um Hegemonie im Sinne einer „Akzeptanz von Herrschaft“ (Haug 1994) herzustellen und abzusichern. Folgt man Antonio Gramsci, dann muss „den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen“ werden, im Sinne dessen, „daß die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt.“ Damit findet ein Übergang der Herrschaft „vom bloß ökonomischen [...]

Moment zum ethisch-politischen Moment“ statt. Im Kontext dieser Veränderung von Herrschaftsbeziehungen zwischen Regierten und Regierenden werden Forderungen von unten aufgenommen und reartikuliert. Als ein Beispiel für diesen Prozess kann der Umgang des ANC mit der Kritik an der ausbleibenden service delivery im Kontext der Kommunalwahl 2006 betrachtet werden. Der ANC nahm die Kritik auf, aber führte das Ausbleiben von sozialen Verbesserungen allein auf das korrupte Verhalten und die Selbstbereicherungsmentalität einiger ANC-AmtsträgerInnen zurück. Diese müssen von nun an einen Eid ableiten, dass sie nur der Community dienen und keinerlei materielle Interessen mit ihrem Amt verfolgen.

Durch das Deutungsangebot „Korruption“ zeigte sich der ANC zwar basisnah und überraschend selbstkritisch, aber ersparte sich gleichzeitig eine Debatte über einen politischen Richtungswechsel, indem er die Dauerhaftigkeit der sozialen Krise nicht als Versagen bestimmter politischer Rezepte verhandelt, sondern in den Verantwortungsbereich individueller ANC-VertreterInnen stellte. Andere diskursive Formen des Umgangs mit Kritik reichen von einer Dekontextualisierung und Delegitimierung von sozialen Bewegungen bis hin zu umstrittenen Formen der Kriminalisierung von sozialen Protesten und Forderungen (vgl. Khan 2006).

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass für die außerparlamentarische Linke und die sozialen Bewegungen noch ein langer Weg zu gehen ist, um die Hegemonie des ANC über die marginalisierte Bevölkerungsmehrheit aufzubrechen. Die im Kontext der Bewegungen begonnene Selbst-Aktivierung der subalternen Klassen ist dennoch ein wichtiger Schritt auf dem

Weg dahin, das Versprechen auf soziale Befreiung selber einzulösen und nicht auf die antikolonialen Eliten zu warten.

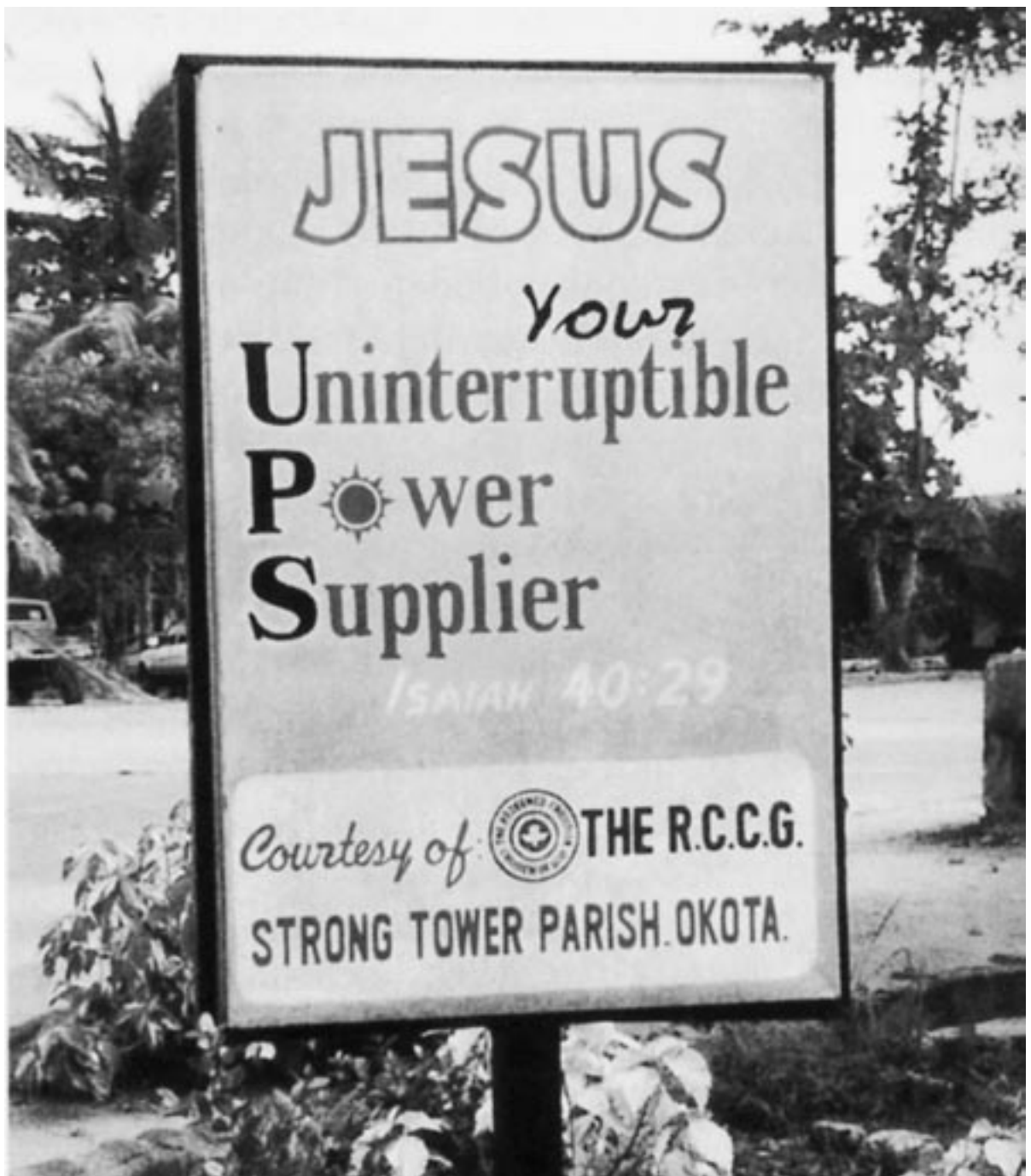
.....
Romin Khan hat in Berlin und Kapstadt Soziologie und Politik studiert. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Internationale Politik des Bildungswerks und engagiert sich in der globalisierungskritischen Bewegung. Daneben arbeitet er an dem Sammelband „Südafrika nach der Apartheid – Die Grenzen der Befreiung“, der Ende 2007 beim Verlag Assoziation A in Berlin erscheint.

Literatur:

- » Ballard, Richard/Habib, Adam/Valodia, Imraan/Zuern, Elke (2005): Globalization, Marginalization and contemporary social movements in South Africa. In: African Affairs 104/417, S. 615 – 634
- » Gramsci, Antonio (1991ff): Gefängnishefte. 10 Bände. Herausgegeben von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle. Hamburg. (zitiert: Gef., Bandzahl)
- » Haug, Wolfgang Fritz (1994): Editorial. In: Das Argument. Nr. 206, S. 493 – 501
- » Hopfmann, Arndt (2006): Südafrika im Umbruch ... aber wohin? In: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte 06/2006. Abrufbar unter: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0606.pdf (30.07.2006)
- » Khan, Romin (2006): Politische Herrschaft nach dem Ende der Apartheid. Eine hegemonietheoretische Betrachtung zivilgesellschaftlicher Prozesse in Südafrika. Diplomarbeit. Abrufbar unter: www.archiv.schublade.org
- » Suttner, Raymond (2004): Transformation of political parties in Africa today. In: Transformation Nr. 55, S. 1 - 25
- » Terreblanche, Sampie (2002): A history of inequality in South Africa, 1652-2002. Scottsville

VON „KREUZ UND SCHWERT“ ZU „KREUZ UND BROT“

DIE ROLLE CHRISTLICHER ORGANISATIONEN IN AFRIKA



Die „Dritte Kolonisierung“ und soziale Bewegungen

Weitgehend wird der Dekolonialisierungsprozess mittlerweile als abgeschlossen betrachtet. Doch Kolonialismus ist nicht nur die direkte territoriale Beherrschung staatsfremder Gebiete, sondern ist nicht zuletzt auch eine mentale Struktur, eine Geisteshaltung, die nicht an eine formelle Kolonialherrschaft gebunden ist. Mit ihr legitimieren die einstigen KolonisatorInnen bis heute ihre politische, ökonomische und militärische Vormachtstellung, durch die viele der einstigen Kolonien nach wie vor im Teufelskreis der Armut und Abhängigkeit verharren. Wenn auch die Methoden gewechselt haben, mit Hilfe derer die ehemaligen Kolonien in die sozioökonomische Peripherie gezwungen werden, die Grundstruktur erzwungener Abhängigkeit ist geblieben. Die Industriestaaten üben heute die Kontrolle der afrikanischen Gesellschaften in Rahmen ihrer Afrikapolitik durch Finanz- und Welthandelsinstitutionen sowie der Entwicklungszusammenarbeit aus. Im großen Maßstab werden die ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten des Entwicklungsmodells der Industrieländer in die Länder des „Trikont“ (mit dem terminus „Trikont“ werden die Kontinente Asien, Lateinamerika und Afrika bezeichnet. Im engeren Sinn sind damit die ärmeren Staaten der Welt gemeint) exportiert und die Kluft zwischen den ökonomischen Zentren und der Peripherie vertieft. Vor den Folgen dieser Politik schotteten sich die Industrieländer entsprechend ab. Im Unterschied zur ersten Kolonisierung und der Neokolonisierung findet im Rahmen der Dritten Kolonisierung ein „colonizing of the mind“ statt.

Für die asymmetrischen Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie haben, vor allem bezogen auf Afrika, das System der Hilfe und

Entwicklungszusammenarbeit als „Aid Business“ (Mbaya Kankwenda, 2004) und die mit der Finanzierung von Entwicklungsprojekten und Krediten verbundene Abhängigkeit von den „Geberinstitutionen“ des Nordens immense Bedeutung. Mit den finanziellen Bedingungen für eine Entwicklungsunterstützung werden in den letzten Jahren Forderungen nach einer Reform der afrikanischen Nehmerländer nach westlichen Modell („Good Governance“) gestellt, um sicher zu gehen, dass die afrikanischen politischen Institutionen nicht die wirtschaftlichen Interessen der „Geberländer“ behindern. Mit der damit einhergehenden Diskussion über das Versagen und Zusammenbrechen des afrikanischen Staates, bei gleichzeitigem Druck auf dessen Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung, wurde auch die „Zivilgesellschaft“ entdeckt beziehungsweise beschworen. Während die Regierungen des Nordens und die Machteliten des Südens mit der „Zivilgesellschaft“ die „gewaltfreien“, „guten“, „demokratischen“ und „zivilisierten“ Teile der Gesellschaft meinen, sehen enttäuschte EntwicklungstheoretikerInnen in diesem äußerst heterogenen Konglomerat an Basisorganisationen das neue „historische Subjekt“ und etablierten den Begriff in der entwicklungspolitischen Debatte. Beide Seiten gehen zumeist davon aus, dass die „Zivilgesellschaft“ Zusatz zum Markt ist, um seine Defizite zu überbrücken und Freiräume zu schaffen, in denen die Gesetze von Angebot und Nachfrage außer Kraft gesetzt werden und „Kapitalakkumulation“ unmöglich ist.

Unabhängig von dieser Betrachtung, haben sich sowohl in den Ländern des Nordens als auch des Südens und über Ländergrenzen hinweg agierende soziale und politische Bewegungen formiert. Ein Platz dieser Protestbewegung ist das seit 2001 jährlich

stattfindende Weltsozialforum. Es ist ein offener Treffpunkt alljener, die dem Motto folgen: eine andere Welt ist möglich. Wie diese Welt aussehen und wie sie erreicht werden kann beziehungsweise soll wird im Rahmen der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Weltsozialforen und der Regionalen Sozialforen debattiert. Sie bieten Raum für reflektierendes Denken, demokratisches Debattieren von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Vernetzen von Gruppen und Bewegungen.

Es wird davon ausgegangen, dass das erste in Afrika stattfindende Weltsozialforum in Afrika vom 20.-25. Januar 2007 sich weitestgehend als Erfolg für die afrikanischen Zivilgesellschaften herausstellen wird. Es wird, so darf man hoffen, afrikanischen NGOs und sozialen Bewegungen gelingen, ihre Themen, Einsichten und Positionen mit großem Selbstbewusstsein in die weltweite Debatte der Globalisierungskritiker einzubringen. Das Weltsozialforum wird „Afrikas soziale Bewegungen in Aufbruchstimmung versetzen“, schreibt das deutsche Informationsportal des Weltsozialforums. Ein Beispiel dafür sei die kontinentweite Kampagne gegen die Freihandelsabkommen, die die EU derzeit mit 77 Ländern aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum abschließen will. Der Protest gegen diese Abkommen gehe von Afrika aus und werde von den europäischen Ländern unterstützt.

Aus Deutschland werden etwa 30 Organisationen vertreten sein, vor allem auch die großen kirchlichen Träger wie Misereor und „Brot für die Welt“. Zu den prominenten Rednern des Forums gehört der südafrikanische Bischof Desmond Tutu. Das zeigt, dass christliche Organisationen eine zentrale Rolle in der WSF-Bewegung spielen. Viele Veranstaltungen

werden von verschiedenen kirchlichen Organisationen durchgeführt, ein Beispiel für das kirchliche Engagement in einer überwiegend christlichen Bevölkerung und einer engen Verknüpfung von Glauben und gesellschaftlichem Leben. Kirchliche Träger spielen bei den nichtstaatlichen Organisationen auch und insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit eine dominante Rolle. Die lässt sich weitgehend auf historische Prozesse wie der kolonialen Missionierung in Afrika und die historisch gewachsenen Rolle und Stellung der Kirchen in den Ländern des Nordens zurückführen.

Christliche Mission und Kolonialismus in Afrika

Die Missionierung ist zwar in den einzelnen Staaten Afrikas zweifelsohne unterschiedlich verlaufen. Die Gründe liegen dabei in den ungleichen Abhängigkeiten der Missionsgesellschaften von den kolonialen Mächten und den durch die unterschiedlichen Konfessionen bedingten divergierenden Missionierungsansätzen. Nicht zuletzt spielte auch die jeweilige geographische, sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Verfasstheit der einzelnen Staaten eine entscheidende Rolle. Insgesamt gesehen aber war die Missionierung Bestandteil der Sicherung der weltweiten Vormachtstellung der Kolonialmächte, die billig Rohstoffe für ihre wachsenden Industrien suchten. Missionierung und Bekehrung der AfrikanerInnen bedeutete die Unterwerfung unter das Christentum als Mittel zur Herrschaftssicherung.

Beginnend mit Kolonialisierung und Missionierung wurden die Gesellschaften insbesondere des südlichen Afrikas in einen beständigen Prozess der Unterdrückung und Ausbeutung gehalten. Im 19. Jahrhundert stießen die neuen europäischen Kolonialmächte, vor allem England, Frankreich, Deutschland und Belgien, von

allen Seiten ins Innere Afrikas vor. Die Missionare folgten ihnen oder waren, wie zuvor schon in Asien, die Wegbereiter kolonialer Expansionen. Die Bibel folgte dem Schwert, oder umgekehrt. Der englische Forschungsreisende, Kolonialbeamte und Expansionspublizist Harry Hamilton Johnston formulierte dies zu Ende des 19. Jahrhunderts euphemistisch: „Es fuhr wohl kaum ein Forscher oder Eroberer aus ohne Priester, welche das Kreuz errichteten und das Christentum verkündeten, sobald sie den Fuß an das Land gesetzt hatten.“ Der missionarische Eifer der christlichen Kirchen im 19. Jahrhundert stand dabei ganz im Zeichen des Eurozentrismus. Im Gegensatz zum gepredigten Altruismus wurde jeglichem religiösem Anderssein das legitime Recht zu existieren abgesprochen. Mit Hilfe des Christentums definierte sich das europäisch kolonialistische „Zentrum“ als die legitime Macht, mit einem kulturellen Überlegenheitsgefühl gegenüber dem, was sie als „Peripherie“ definierte. Mittels Gewalt wurde soziokulturelle Differenz vernichtet, indem andere Lebens- und Arbeitsweisen als „Disziplinlosigkeit“ diskreditiert und durch die Wortkeule „Zivilisation“ als der Rechtfertigungs- und Glücksbringerformel bekämpft werden.

Mit der Kolonialisierung galt es in Afrika auch die Vorstellungen des Arbeitsprinzips durchzusetzen, die vermischt waren mit rassistischen Klischees vom „faulen und naturhaften Afrikaner“. Diese Vorstellung teilten die Kolonisatoren mit den Missionaren, die ihre Aufgabe darin sahen, die „Wilden“ durch die Bekehrung zu „zivilisieren“. Dies erfolgte letztendlich über Zwangsarbeit, Erziehungsinstitutionen und Schulen, durch die die afrikanische Bevölkerung entsprechend einer christlich-abendländischen Indoktrination unterworfen wurden. Ein säkulares Schulwesen war in den

Kolonialstaaten nur rudimentär vorhanden. Die Kinder wurden deshalb vorwiegend an Missionsschulen unterrichtet. Die Lehrinhalte und Bildungsziele waren im Wesentlichen auf eine grundlegende Unterweisung in der christlichen Lehre orientiert. Seitens der Missionen ist dabei darauf geachtet worden, dass eine höhere Bildung möglichst vermieden wurde, um die eigene Machtposition im Rahmen der Missionsarbeit nicht zu gefährden. Entsprechend europäischen Rollenbildern wurden Mädchen und junge Frauen auf ihre spätere Aufgabe als christliche Mutter und Hausfrau vorbereitet. Trotzdem schafften es in den ersten Jahrzehnten zunehmend vor allem Männer, sich auch eine höhere akademische Bildung anzueignen, um als Katechisten, Lehrer, Schreiber, Sekretäre und als Geistliche im Missionsdienst tätig zu werden.

In einigen afrikanischen Regionen wurden dabei nur bestimmte Gruppen ins Bildungssystem eingebunden, um so die Kolonie verwaltungstechnisch und ökonomisch zu sichern. Tragisches Beispiel ist der Fall Ruanda. Hier wurden ab 1926 fast alle Priesterkandidaten aus der Gruppe der Tutsi rekrutiert, durch die Kolonialregierung zur einheimischen Elite erkoren und verwaltungstechnisch ausgenutzt. Diese einseitige Begünstigung schürte den Hass zwischen Hutus und Tutsis, deren Auseinandersetzungen in einem Völkermord gipfelten. Nicht zuletzt waren diese Entwicklungen Ergebnis der gezielt geförderten Entstehung einer neuen politischen Klasse in den einzelnen Kolonien, deren Ziel die Schaffung einer „verwestlichten“ (christlichen) Mittelklasse war. Mit Hilfe der „neuen Eliten“ und mit Unterstützung christlicher Missionen und westlichem Kapital wurde nach 1945 der Wechsel von der direkten zur indirekten politischen Kontrolle, bei gleichzeitigem Ausbau der wirtschaft-

lichen Macht des Nordens vollzogen.

Noch heute ist die Bestrebung der Kirchen, Mitglieder zu werben und zu halten elementarer Gedanke der kirchlichen sozialen Arbeit. Mit Vorliebe dort, wo Armut herrscht und der christliche Glaube als „illusorisches Glück“ mit Nahrung und medizinischer Versorgung auf fruchtbaren Boden stößt. Die Anknüpfung gelingt durch die holistische Bedeutung der Religion im Leben der Menschen in den so genannten Entwicklungsländern, denn die Rolle der Religion beschränkt sich dort weniger auf das private Leben, sondern ist Bestandteil des öffentlichen, sozialen und politischen Lebens. Missionsaktivitäten mit Entwicklungszusammenarbeit zu koppeln ist daher heute ein anerkanntes und effizientes Mittel zur Missionierung. Die missionarischen Methoden haben sich verändert, das Ziel ist dasselbe geblieben. In den heutigen Zeiten ist es nicht mehr die enge Verbindung von „Kreuz und Schwert“, sondern die von „Kreuz und Brot“, die die Autorität sichern soll. Auch dabei wird vor einer Ethnisierung der Religion kein Halt gemacht.

Christliche Organisationen in Afrika

In vielen Ländern Afrikas übernahm die Kirche vor und nach der Unabhängigkeit oft auch die Kontrolle über den Staat durch ihre Religion: „Particularly in the late 1970s and in the 1980s, due to poverty and corruption, there ensured a decay of the state while the military on one hand and the Church on the other stood out as possible alternatives and as countervailing powers in the land.“ (Sundkler & Steed, 2000) Zu einer Zeit, als die meisten afrikanischen Staaten ihre Glaubwürdigkeit durch Korruption, gewaltvolle Auseinandersetzungen und der daraus resultierenden Armut verloren, erschienen die Kirchen, ka-

tholisch wie auch protestantisch, als Kräfte der Solidarität und der Stärke, indem sie in den Diözesen ihr soziales Interesse und ihre politische Opposition von der Kanzel herab predigten.

Heute leben etwa 351 Millionen ChristInnen und 175 Millionen Katholiken in Afrika. Gegen Ende der 1970er Jahre bestand die große Mehrheit der Kirchenführer in allen Ämtern aus einheimischen Christen und nicht mehr aus Missionaren. In den katholisch geprägten Ländern sind mittlerweile fast alle Bischöfe kein „Import“ mehr, sondern stammen aus den entsprechenden Ländern. Weitere christliche Organisationen gehören zur anglikanischen, reformierten, lutherischen, baptistischen, methodistischen Kirche. Vor allem südlich der Sahara ist seit Beginn der 1990er Jahre ein regelrechter Boom von Kirchen Gründungen zu beobachten. Diese Entwicklung ist wohl vor allem der radikalen Missionierung vor allem jener, dem amerikanischen Evangelikalismus entsprungenen Kirchen geschuldet, die einer Mischung aus endzeitlicher Erlösertheologie und Bibelfundamentalismus entspricht. Sie praktizieren Formen der Mitgliederrekrutierung und Mitgliederbindung, die auf manipulativen Techniken beruhen und die freie Willensentscheidung der Mitglieder beeinträchtigen.

In Afrika muss zwischen den Missionskirchen und den so genannten Unabhängigen Afrikanischen Kirchen unterschieden werden. Die Missionskirchen sind aus den missionarischen Aktivitäten von Europäern und Amerikanern hauptsächlich im 19. Jahrhundert hervorgegangen. Viele der protestantischen Kirchen lösten sich bereits Anfang des 20. Jahrhunderts von den Mutterkirchen und machten sich selbständig, die meisten jedoch erst nach 1950 im Zuge der allgemeinen, politisch motivierten

Befreiungsbewegungen in Afrika. Die Afrikanischen Unabhängigen Kirchen sind zum großen Teil als Protestbewegung gegen die Missionskirchen entstanden.

Mit den Unabhängigkeitsbewegungen und der Bildung eines neuen afrikanischen Selbstbewusstseins (Black Conscious, Négritude, African Personality) kam es zur Kritik an den importierten kirchlichen Strukturen und deren Theologien. Daraus entwickelte sich der programmatische Versuch, Evangelium und afrikanische Denk- und Lebensweise zu verbinden (Synkretismus). Resultat sind die heute recht populären unabhängigen Kirchen, die aus der Wehr gegen den Paternalismus heraus und durch die Suche nach eigener Identität entstanden. Allerdings ist die formale Unabhängigkeit vieler afrikanischer Kirchen von westlichen Missionsagenturen deshalb kaum gegeben, weil ihre Kirchenfunktionäre und Missionare praktisch auf finanzielle Unterstützung aus dem Westen angewiesen sind. Denn auf der Suche nach verantwortungsbewussten Empfängern wandten sich viele westliche „Geldgeber“ an die kirchlichen Organisationen. Daraus resultierte, dass aus vielen Kirchen ein richtiggehendes Imperium mit allen Verwaltungsstrukturen und Angestellten wurde. Dieser Geldzufluss führte zu einer sogenannten „NGO – ization“ der Kirchen und schützte diese keineswegs vor Misswirtschaft und Korruption. Insofern kann also allzu viel Unabhängigkeit Verlust beziehungsweise das Ausbleiben finanzieller Unterstützung nach sich ziehen. Dies gilt für innerstaatliche Unterstützung genauso wie für die Entwicklungszusammenarbeit. Da müssen diese kirchlichen Organisationen um die Unterstützung mit größeren ausländischen NGO's und Entwicklungsagenturen konkurrieren, die ihrerseits kirchliche Bindungen besitzen. Den-



noch nehmen sie eine Sonderstellung ein, denn sie verfügen durch ihre Mitglieder, in Europa wie auch in Afrika, über eine gesellschaftliche Basis, die die soziale Arbeit durch lokale Spenden und Beiträge, aber auch Steuergelder, trägt.

Die christlichen Organisationen als Ressource sozialer Bewegungen in Afrika

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Religion im Leben einer sehr großen Anzahl von Menschen in Afrika eine bedeutsame Rolle einnimmt. Christliche Akteure, Organisationen und Bewegungen spielen dabei unter dem Gesichtspunkt von ‚Macht und Gegenmacht‘ eine zentrale Rolle. Somit sind religiöse Bewegungen oft die einzigen zivilgesellschaftliche Bewegung in Afrika, die ihre Hauptressource in den Gemeindestrukturen und Mitgliedern haben, in dieser Verantwortung aber häufig auch jede Alternative mit zivilgesellschaftlichem Ansatz verhindern. Denn die kirchlichen Privilegien stehen im Vordergrund, nichtchristliche Konkurrenz sollte unterbunden werden. Der Glaube als Machtinstrument hat seine positiven wie auch negativen Seiten und führt zu zwei verschiedenen Neigungen. Zum einen existieren Gegenbewegungen zu sozialen und kulturellen Transforma-

tionen wie zum Beispiel die Maßgaben der katholischen Kirche zu Fragen der Frauenrolle, der Abtreibungs- oder AIDS-Debatte. Vor allem aber führt die Instrumentalisierung der Religiosität beziehungsweise ihr politischer Missbrauch, zu einer kontraproduktiven Bewegung. Die Interpretation des Christen als Sünder von Geburt an, der keine Gerechtigkeit verdient und ewiglich um Gnade bitten muss, steht jeder individuellen Entwicklung im Wege.

Die relativ neue Entwicklung des Prämillennialismus, dessen Lehre den Menschen in Afrika insofern Trost verschafft, als dass die Entrückung vor der Not des Lebens jeden Moment bevorsteht, die so genannte apokalyptische Enderwartung, verstärkt die passive Haltung vieler Menschen in Afrika. Das Leid, das man im Hier und Jetzt erduldet, ist begrenzt und eine bessere Zukunft steht bevor. Die Schrecken der Gegenwart wie Bürgerkrieg, Hunger, Elend können als positive Zeichen des erwarteten Endes gedeutet und ausgehalten werden. Da das Ende nahe ist, erscheint jegliche politische oder soziale Aktivität sinnlos oder gar entgegenwirkend.

Ein so verstandenes Christentum betont die Sündhaftigkeit des Menschen, seine Wert- und Hoff-

nungslosigkeit. Dies zieht nicht zuletzt sozio-politische Auswirkungen nach sich und macht es schwierig, über Menschenrechte oder über die unverletzliche Würde und Untastbarkeit des Einzelnen zu sprechen. Gleiches gilt, wenn Armut, Krankheit und Hungersnot als Strafe Gottes für begangene Sünden interpretiert werden; es besteht keine Notwendigkeit, wirtschaftliche, soziale oder politische Ursachen aufzudecken. Somit gibt es kaum Platz für soziale Analyse, politische Aktivität oder Entwicklung.

Zum anderen kann der christliche Glaube durchaus als transformatorische Kraft wirken, wie zum Beispiel im Rahmen der südafrikanischen Antipartheid-Theologie. Denn ein weiteres Resultat der Abgrenzung zum westlichen christlichen Dogma sind kontextuelle afrikanische Theologien wie zum Beispiel die Black Theology in Südafrika. Die so genannte Befreiungstheologie, die ursprünglich eine christliche Theologie der Armen war, wurde von Lateinamerika auf Afrika übertragen und bildete einen Hintergrund der südafrikanischen Antipartheid-Theologie. Der anglikanische Erzbischof Desmond Tutu ist als eine der befreiungstheologischen Schlüsselfiguren bei der Überwindung des rassistischen Apartheidregimes

in Südafrika in die Geschichte des 20. Jahrhunderts eingegangen. Die von ihm geforderten internationalen Sanktionen gegen Südafrika trugen wesentlich dazu bei, das Unrechtsregime zu beenden. Auch nach der Überwindung der Apartheid spielte und spielt Erzbischof Tutu eine wesentliche Rolle bei dem mühsamen Prozess der Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung in seinem Land.

Die Befreiungstheologie hat in den letzten zehn Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Ausgehend von der gesellschaftspolitischen Erfahrung der sozialen und der wirtschaftlichen Gegebenheiten in Ländern der so genannten Dritten Welt haben Theologen dieser Länder die ethischen Maxime des Christentums in konkrete politische Konsequenzen ausformuliert. Dahinter steht die theologische Überzeugung, dass Gott ein ganzheitliches Heil an Körper, Geist und Seele der Menschen will. Diesem Heil stehen mitunter Mauern des gesellschaftlichen oder politischen Systems entgegen. So wurde auf der Ecumenical Association of Third World Theologians-Konferenz 1976 in Daressalam offensichtlich, daß die Formen von Unterdrückung auch kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Natur sind. Die Gottesgelehrten des „Trikont“ forderten, die Frage nach Gerechtigkeit der Friedensfrage überzuordnen. Es müsse eine Option für die Armen geben und daher könne eine Befreiungstheologie im europäischen Kontext nur mit dem Thema der Armut in der Ersten und der Dritten Welt beginnen.

Die Erlösung wird als Zentralbegriff der biblischen Heilsbotschaft nicht wie in der traditionellen Kirchentheologie ausschließlich spirituell verstanden, sondern als eine sozialpolitische und ökonomische revolutionäre Veränderung. Das Heil, das die Bi-

bel verkündet, wird nicht mehr nur auf das Jenseits bezogen, sondern auf die gesellschaftliche Realität im Diesseits. Der vom Vatikan des Amtes enthobene frühere Franziskanerpater Leonardo Boff sieht die Befreiungstheologie auch in Afrika als Aufschrei von Millionen Ausgeschlossenen des Systems, die „nicht einmal mehr in den Genuss der Ausbeutung durch den Kapitalismus“ kämen. Diese Theologie animiere solidarische Bewegungen.

Christliche Organisationen können durchaus als Ressource sozialer Bewegungen in Afrika betrachtet werden. Sie sind aufgrund der kolonialen Missionierung in der gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Sphäre, speziell im privaten Bildungs- und Wohlfahrtssektor in Afrika stark verankert. Sie haben eine große Basis und besitzen eine entsprechende Infrastruktur. Ein wachsender Teil der privaten Schulen und Universitäten wird in Afrika inzwischen von evangelikalischen Organisationen unterhalten. Meist handelt es sich dabei um Polytechnika und Business Schools. Darüber hinaus gibt es entsprechende materielle Zugänge zu den christlichen „Bruder-“ und „Schwesterkirchen“ in den Ländern des Nordens. Beide sind in gewisser Hinsicht auf einander angewiesen. Die Kirchen in den Ländern des Nordens brauchen die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit zur Legitimation der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien. Die christlichen Organisationen beziehungsweise deren Eliten in den Ländern Afrikas sind wiederum auf die materielle Unterstützung seitens der „Bruder-“ und „Schwesterkirchen“ in den Ländern des Nordens angewiesen. Das ist umso notwendiger, geht es nicht zuletzt auch um die zunehmend härter werdende Konkurrenz zu islamischen Bestrebungen, über soziale Arbeit zu missionieren. In den Zeiten der Kolonialisierung erfolgte die soziale Arbeit

im Rahmen der Missionierung, heute dagegen ist die soziale Arbeit ein strategisches Mittel zur Gewinnung von Mitgliedern.

Die Rolle kirchliche Träger in der Entwicklungszusammenarbeit

Welche Rolle christliche Organisationen in Afrika als Ressource beziehungsweise Teil sozialer Bewegungen in Afrika spielen werden, hängt nicht zuletzt von den „Bruder-“ und „Schwesterkirchen“ in den Ländern des Nordens oder auch dem Verhältnis zu diesen seitens der afrikanischen Kirchen und Gemeinden ab. Derzeit gibt es ein Übergewicht kirchlicher Träger in der Entwicklungsarbeit, die sich relativ einfach erklären läßt. Sowohl in Afrika als auch in den „Geberländern“ existieren fest verankerte Gemeindestrukturen, das heißt die Bedingung für den Erhalt von Fördermitteln ist durch das Vorhandensein von lokalen PartnerInnen in jedem Fall gegeben. Neben der gesellschaftlichen Stellung der Kirchen in der Bundesrepublik und ihren historisch „gewachsenen“ Verbindungen in viele afrikanische Länder hinein, kommt den kirchlichen Trägern das Argument entgegen, dass sie keine egoistischen Interessen verfolgten, sondern sich für die Verwirklichung der christlichen Botschaft einsetzen, die mit den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit (Menschenrechte, Armutsbekämpfung etc.) gleichgesetzt werden. In diesem Sinne ist die direkte Förderung der Menschenrechtsarbeit von Kirchen, christlichen Organisationen, konstitutiver Teil staatlicher Entwicklungszusammenarbeit. Als die Katholiken in der BRD 1958 verschiedene Aktivitäten „gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ unter dem Namen „Misereor“ zusammengeführt und 1959 die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sowie die evangelischen Freikirchen gemeinsam die Spendenaktion „Brot für die Welt“ ins

Leben gerufen hatten, versorgte sie die Regierung Adenauer 1962 mit der Förderung kirchlicher Entwicklungshilfe aus öffentlichen Mitteln.

Insgesamt tragen die Kirchen nur sehr geringfügig finanziell zu dem von ihnen geleisteten sozialen Engagement bei. Der Löwenanteil wird aus öffentlichen Mitteln und allgemeinen Steuermitteln bestritten. Die Ausdehnung der kirchlichen Organisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit fällt mit einem nachlassenden finanziellen Engagement staatlicher und erzwungener Kürzungen privater säkularer Organisationen zusammen. Ein Trend der international zu verzeichnen ist. Evangelikale Nichtregierungsorganisationen sind auch deshalb vermehrt im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Kleinkreditvergabe und der Förderung von Kleinunternehmen tätig. Damit liegen sie im Trend der internationalen Entwicklungspolitik, die ihren Schwerpunkt von der klassischen Infrastrukturförderung im Bereich der Armutsbekämpfung zunehmend auf Unternehmensförderung verlagert.

Seitens der Machteliten im Norden sind kirchliche Träger aber auch aus inhaltlichen Gründen wesentlich attraktiver für die Entwicklungszusammenarbeit. Das hängt mit der Stellung und Rolle der christlichen Kirchen und der daraus resultierenden Funktion als Garant eines einseitig konsens- und dialogorientierten Politikverständnisses zusammen. Sie scheinen prädestiniert für die Machteliten des Nordens als auch des Südens zu sein, da sie ihre Suche nach Lösungen und Wegen auf das Machbare und durch den Regierungsapparat Akzeptable reduzieren. Ihre Auffassung, zwischen dem bestehenden System beziehungsweise seinen politischen RepräsentantInnen einerseits und den

KritikerInnen andererseits beständen nur Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten, nicht aber über Ziele, Richtung und Wege notwendiger Veränderungen, lässt für keine der Seiten die Gefahr aufkommen, dass statt entwicklungspolitischem Paternalismus soziale Kämpfe berücksichtigt und grundlegende Alternativen aus ihnen heraus entwickelt werden. Deutlich wird dieses Herangehen auch im Umgang mit anderen NROs wie beispielsweise 2004 der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO). Die BUKO hat sich schon immer durch radikale Kritik bestehender Verhältnisse ausgezeichnet - und einigen Kirchenkreisen war diese auch schon lange ein Dorn im Auge. Mit der damaligen Streichung der institutionellen Förderung (die sich v.a. aus Gehalts- und Verwaltungskosten sowie der Miete für die Geschäftsstelle zusammensetzt) und der jährlichen Kongressförderung wurde eine politische Entscheidung getroffen, ein Denken abseits des entwicklungspolitischen Mainstream nicht mehr zu fördern. Das Verhältnis des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) zur BUKO war vor allem wegen der Kritik der BUKO am entwicklungspolitischen NGO-Lobbyismus gespannt, von dem gerade auch die Evangelische Kirche profitiert. Die geringeren Mittel des EED sollten das „evangelische Profil“ stärken und daher die auf kirchliche oder kirchennahe Einrichtungen konzentriert werden.

Die Perspektive christlicher Organisationen in Afrika

Christlichen Organisationen und NGOs sind weder soziale Bewegungen noch deren Vertreterinnen. Aber sie sind in den Bewegungen verwurzelt und mit diesen verbunden. Die sozialen Bewegungen liefern ihnen erst den notwendigen Rückhalt und die Legitimität - aber die einzelnen Verbände müssen oder müssten sich immer

wieder konkret zu den gesellschaftlichen Kämpfen verorten. Genau darauf wird es ankommen. Die Frage wird sein, ob und wie sie sich innerhalb der sozialen Bewegung positionieren werden. Die konkrete Positionierung zu gesellschaftlicher Veränderung bestimmt das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen. Praktische nachhaltige Entwicklung setzt sich in sozialen Kämpfen durch - zumeist gegen Regierungen und Unternehmen. Die Rolle der christlichen Organisationen wird davon abhängen, ob und inwieweit sie gegen oder mit der Unterstützung der kirchlichen „Bruder-“ bzw. „Schwesterorganisationen“ rechnen können, wenn sie sich auf die Seite der rechtlosen und ausgebeuteten Menschen stellen und mit ihnen für ihre Rechte eintreten.

Franziska Hornbogen ist Afrikawissenschaftlerin und Historikerin

Empfohlene Literatur zum Thema:

- » <http://www.ibka.org/infos/ksteuer.html>
- » http://religion.orf.at/projekt02/news/0312/ne031211_boff.htm
- » Church and State in Africa. In: Bengt Sundkler & Christopher Steed (2000). A history of the Church in Africa. Cambridge University Press.
- » Englert, Birgit/Grau, Ingeborg/Komlosy, Andrea (2006): Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung, Wien.
- » Gifford, Paul (1993): Neue religiöse Bewegungen in Afrika, In: Weltmission heute: Christlicher Fundamentalismus in Afrika und Amerika, Evangelisches Missionswerk (EMW), Nr.13, S. 39-50.
- » Hofer, Katharina (2004): Afrika im hektischen Missionsfieber, in: Das Parlament, Nr. 10/01.03.2004, <http://www.bundestag.de/dasparlament/2004/10/Thema/003.html>
- » Kamphausen, Erhard (1998): Gesellschaftliche Umbruchprozesse und neue religiöse Bewegungen im afrikanischen Christentum, In: Afrika-Jahrbuch 1998, S. 63-71.
- » Müller, Verena (2005): Länderbericht Afrika, Düsseldorf.

„DIE ABHÄNGIGKEIT VON ANDEREN STOPPT JEDE MÖGLICHKEIT, POSITIVE KRÄFTE FREI ZU SETZTEN.“

EIN INTERVIEW MIT TERFA DIBABA, HILFSORGANISATION DER OROMO RELIEF ASSOCIATION IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (HORA)

Zur Person: Terfa Dibaba hat in Äthiopien als Lehrer und Schulleiter in Aira und Bedelle gearbeitet. Vor seiner politisch motivierten Flucht aus dem Land arbeitete er als Direktor für Kommunikation und Entwicklung für die Äthiopische Evangelische Kirche Mekane Yesus (EECMY) im Zentralbüro der EECMY in Addis Abeba. Mit ihr hatte er häufige Auseinandersetzungen über die soziale Arbeit der Kirche. Er sagt von sich selber: „Oben in der Hierarchie war ich unbequem, aber unten bei den anderen war ich ein Partner.“ Das Interview führte

Franziska Hornbogen.

Franziska Hornbogen.: Welchen Einfluss hat Ihrer Meinung nach die kirchliche soziale Arbeit auf den so genannten Entwicklungsprozess ihres Landes? Welches Ziel wird von den kirchlichen Organisationen in Äthiopien verfolgt?

Terfa Dibaba: Im Allgemeinen haben heute alle kirchlichen Institutionen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ein eigenes Interesse im Hintergrund, ebenso wie es in der Geschichte der Missionsgesellschaften zu beobachten war. Die Kirchen führen die Entwicklungsprojekte für die Bevölkerung durch und dabei vermitteln sie ihre jeweiligen religiösen Vorstellungen. Ihre Arbeit nennen sie nicht umsonst zumeist Entwicklungs- und Evangelisationstätigkeit. Diese Dinge sind für die Kirche nicht

voneinander zu trennen. Sie fördern das Schulwesen, sie versorgen die Bevölkerung mit medizinischen Einrichtungen und helfen mit einigen weiteren Entwicklungsprojekten in sozialen Bereichen. Aber oft werden Schulen und Ausbildungsstätten dafür eingesetzt, um Mitarbeiter für ihre Bereiche vorzubereiten. Passt jemand nicht in das Vorhaben, dann ist er/sie irgendwie ausgeschlossen. Die zukünftigen Mitarbeiter wie Evangelisten, Lehrer, Pastoren, Krankenschwestern usw. sind dafür vorgesehen, im kirchlichen Dienst mitzuwirken. Sie können aber nicht alle Absolventen in ihren Unternehmen unterbringen, so dass einige ausgebildete junge Menschen ihren eigenen Weg gehen können oder auch müssen. Jemand, der sich nicht in das gesamte Vorhaben der Kirche oder

Mission integrieren lässt, beispielsweise ein Moslem, ein nicht Bekehrter oder einfach ein wenig religiöser Mensch, wird von der Hilfe ausgeschlossen.

Die kirchlichen Einrichtungen befassen sich wenig mit den politischen und sozialen Fragen des Landes. Stillschweigend versuchen sie ihre Arbeit ohne Reibung mit der Regierung und ihren Vertretern zu erledigen. Wenn sie nicht mit den Regierungszielen konform gehen, dann bleiben sie Fremde und Eindringlinge und sind Verfolgungen und Schikanen ausgesetzt. Um all das zu vermeiden, arbeiten sie entweder als schweigende Organisationen oder lassen nach außen hin alles offen, um ihre Arbeit nicht zu gefährden. Sie passen streng auf, wie sie Konflikte mit den Regierenden vermeiden können und in Ruhe ihre Arbeit fortsetzen können.

Ein wichtiges Problem aber ist auch, dass die Partnerkirchen im Ausland diese defensive Haltung noch verstärken, indem die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit von den Finanzen aus Übersee abhängig ist. Es würde viel Ärger und vor allem kein Geld mehr geben, wenn man sich nicht den vorgegebenen mainstream - Maßstäben anpasst und sich einordnet.

*Welche Probleme sehen Sie vor-
derrangig in der kirchlichen Entwick-
lungs-zusammenarbeit in Afrika?*

Wenn jemand unkritisch auf sei-
nem ganzen Schul- und Berufsweg
von solchem Druck aus dem Hinter-
grund begleitet wird, so wird derjeni-
ge niemals als selbständig denkender,
sich selbst achtender und nach seiner
Persönlichkeit lebender Mensch sei-
nen Lebensweg gestalten können. Ei-
nen Raum für freie Entscheidungen
wird es dann auch in späteren Lebens-
bereichen nicht geben, die Unfreiheit
spiegelt sich in solch einem Leben bis
zum Ende. Man wird immer auf die
Entscheidung von Oben warten oder
nach den Vorstellungen anderer le-
ben. Damit ändert sich nichts für die
Menschen in den so genannten Ent-
wicklungsländern, es bleibt bei einem
unsicheren Dasein. In so einem Um-
feld der Erziehung und Entwicklungen
werden frei denkende, selbständige
Persönlichkeiten nicht gefördert. Eige-
ne Entscheidung lassen somit auf sich
warten, die Abhängigkeit von anderen
stoppt jede Möglichkeit, positive Kräf-
te frei zu setzen. Mit anderen Worten:
man wird von vornherein geistig von
der Entscheidung der anderen un-
terworfen und unterdrückt und das
Leben wird nicht von vernünftigen,
weiterbringenden Entscheidungen be-
gleitet; das ist eine andere Form der
Sklaverei! Und somit ist die kirchliche
Entwicklungszusammenarbeit leider
auch oft eine durchgehende und blei-
bende Behinderung für die Menschen
in Äthiopien.

*Ist in Ihrem Land eine Stärkung
der Zivilgesellschaft durch die Entwick-
lungszusammenarbeit mit kirchlichen
Organisationen zu erkennen?*

Eigentlich gehört die Kirche zu
den zivilgesellschaftlichen Struktu-
ren. Sie hat an sich die Möglichkeiten,
in vielfältiger Form die politische,
soziale und wirtschaftliche Lage ih-
rer Mitglieder zu organisieren und

effektiv zu gestalten und auch zu ver-
walten. Wenn sie sich aber weiterhin
hierarchisch aufbaut und agiert, kann
sie leider nicht die Fähigkeiten auf-
bringen, sich für die wichtigen Dinge
im Leben einzusetzen und ihren Leu-
ten ein Bewusstsein für ihre zivilge-
sellschaftliche Stärke zu vermitteln.
Die Kräfte, die sie wirtschaftlich tra-
gen sowie die technischen Experten
und Berater aus In- und Ausland mit
verschiedenen Hintergründen, sind
leider nicht in der Lage, Ideale an die
Zivilgesellschaft weiterzugeben. Die
Hierarchie in der Kirche ist ein be-
sonderes Hindernis für die Entfaltung
von unten nach oben. Selbst wenn die
Kirchen, wie zum Beispiel die Evan-
gelischen Landeskirchen, der Luthe-
rische Weltbund, der Ökumenische
Rat der Kirchen sowie die koptisch or-
thodoxen Kirchen, in Afrika gute und
vernünftigen Vorbilder haben, durch
die bestehende Bürokratie und durch
die unterschiedlichen Interessen wird
deren Arbeit hierarchisch aufge-
baut. Reformtendenzen werden sehr
skeptisch beobachtet und oft sogar
abgelehnt. Zudem kommt der Trend
der Verstärkung oder Umdrehung
des ursprünglichen Glaubens durch
die Vermischung von afrikanischen
Naturreligionen und durch die von
Missionaren importierten Gedanken.
Beispielweise gibt es in Afrika viele
Personen aus der lutherischen Kirche,
die strengere Lutheraner geworden
sind als es die ursprünglichen An-
hänger jenes Glaubens je waren. Nach
meiner Beobachtung gilt das gleiche
auch für die katholisch Gläubigen.
Auch deswegen wird die Entwicklung
einer Zivilgesellschaft sehr erschwert.

*Welche Haltung nehmen Ihrer
Meinung nach die kirchlichen Orga-
nisationen (NGOs) in Äthiopien zu
entwicklungspolitischen Themen wie
der Landfrage, lokale oder regionale
Konflikte, Umweltdiversitäten, ge-
sundheitliche Prävention und medi-*

*zinische Versorgung ein? Schaffen sie
Räume für Protest für die äthiopische
Bevölkerung?*

Die kirchlichen Organisationen
und die Nichtregierungsorganisati-
onen in Äthiopien neigen sehr stark
dazu, anzunehmen, dass die Macht-
inhaber im Lande von Gott vorgege-
ben sind. Deshalb verhalten sie sich
ihnen gegenüber sehr schweigend, im
Höchstfall beten die Menschen in ih-
ren Fürbitten für die Befreiungen von
ihren Nöten – „...only pray so that God
may spare the lives of those who are
suffering and persecuted.“. Entwick-
lungspolitische Themen werden wä-
hlerisch angesprochen. Durchgehend
versucht man in der Kirche Spannun-
gen zwischen den regierenden Per-
sonen und der Institution Kirche zu
vermeiden. Viele Kämpfer für ein bes-
seres Leben enden im Gefängnis oder
werden aus Bequemlichkeitsgründen
beseitigt. Gudina Tumsa zum Beispiel,
der ehemalige Generalsekretär der
EECMY, hatte versucht, seinen Glauben
an soziale und politische Gerechtig-
keit durchzusetzen, leider kosteten
ihn diese Bemühungen sein Leben.
Wenn die Regierung in Äthiopien et-
was vorhat, was die Gesellschaft und
auch die Kirche negativ beeinflussen
könnte, so gibt es keine organisier-
te Zivilbewegung, die sich dagegen
verwehren würde. In Äthiopien, und
ich denke nicht nur in diesem afri-
kanischen Land, wird alles, was als
Oppositionen gegen die Regierung
erscheint, mit Gewalt beseitigt. Daher
gibt es nichts, was den Wünschen der
Mehrheit der Bevölkerung entspricht.
Zu Themen wie zum Beispiel Masse-
numsiedlung, Umweltproblemen oder
Beeinträchtigung der Menschenrechte
beziehen nur selten wenige mutige
Einzelkämpfer eine öffentliche Stel-
lung. Das ist letztlich auch die Folge
einer falschen christlichen Entwick-
lungszusammenarbeit!

DID YOU?

**LAST NIGHT DID
YOU DIP YOUR TOES
IN THE WATERS OF THE INDIAN
OCEAN**

**LAST NIGHT DID
YOU KICK THE SANDS
INTO MY DREAM?**

**THESE WAVES...THIS BREEZE
SUCKED INTO YOUR LUNGS
FROM WHENCE COMETH THEY?
ARE YOU THE BREATH OF LIFE?
OR THE WHEEZE OF DEATH
FROM THE DEADLY OVEN
OF ENGEN PETRONAS?**

**SUBMERGED IN THE RISING TIDE
I BREAK INTO A RUN
ON DREAMLAND'S SHORES
UNHOOKED, FREED FROM CORPORATE
QUICKSAND
IN THIS NO-LOGO-LAND
FLOATING, REJECTING THE PIPES OF
DEATH
AS WE SHOW TEETH WITHOUT SMILES**

**SOUTH SOUTH
NORTH SOUTH
SOUTH NORTH
LINKED BY PAIN**

Autor unbekannt; entnommen aus

Bassey, Nnimmo (2002): We thought it was oil but it was blood. Ibadan, Oyo State, Nigeria

Nnimmo Bassey lebt und arbeitet in Benin City, Nigeria. Er ist der Direktor der NGO Environmental Rights Action (ERA) <http://www.eraaction.org/>

Der Band vereint Gedichte von Umwelt- und Community-Aktivist*innen aus Nigeria, Benin Republic, Südafrika, den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, Ecuador, Venezuela und Kolumbien, die im Kontext von Kampagnen und Aktionen vorgetragen wurden.



WOMEN HAVE A RIGHT ...

**NO
DISCRIMINATION**

**FREEDOM
FROM VIOLENCE**



... TO EXERCISE THEIR RIGHTS

BY THE ARK FOUNDATION, GHANA / US DEMOCRACY AND HUMAN RIGHTS FUND

HAVE THE SLAVES LEFT THE MASTER'S HOUSE?

by Amanda Alexander and Mandisa Mbali

„The story of the poor goes round and round. But what about the story of the rich? The story not being told is that of the beneficiaries of slavery and colonialism. The story of exploitation that put us into this dispensation, commodified our own life for profit. They divided and ruled. Can we unite and live? Can we unite for the world that will be our world? Let us rise up and begin to tell this story* of why they continue to be rich, continue to plunder.“

Wahu Kaara, Kenyan feminist activist speaking at the ASF opening plenary

At the opening plenary of the Africa Social Forum in Lusaka, Zambia (10-14 December, 2004), delegates from across the continent gave varied testimonies that coalesced around a single truth: recolonisation is worse than slavery.

Activists noted Africa's history of injustices and oppression through colonialism, slavery and apartheid, but swiftly moved on to the injustices of present-day, post-colonial Africa: privatisation and cost-recovery, wars fought over Africa's natural resources, heavy debt burdens and conditionalities, unfair trade and disease. Contrary to dominant accounts of the continent as an almost biblically 'cursed' 'basket case' and Africans as helpless victims, delegate after delegate emphasised that Africa's poverty, wars and disease pandemics are causally related to a global economic system that is predicated on the poverty of the many.

„The world, it would seem, friends, is at the end of its imagination“, Corinne Kumar of Tunisia and Indonesia told the assembled plenary. How much further can the tired mechanisms of domination and exploitation be stretched? Though they are continuously re-disguised, masquerading as World Bank Structural Adjustment Programs (SAPs) or Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs), as the New Partnership for Africa's Development (NEPAD) or Economic Partnership Agreements (EPAs), the instruments of oppression remain just as blatant for

those attempting to access basic services like water, land, education and healthcare - with increasing difficulty.

Colonialism is a very old game, and is thus forced to maintain itself through substitutions - substitutions that activists are perpetually contesting. Substitutions of NEPAD for economic liberation, of incessant white tutelage for black independent praxis, of „efficiency“ that benefits the few rather than the many, of a blameless past for a counter-hegemonic history, of the language of the powerful for localised terminology and stories, of dignity for the flat notion of „equality“. Kumar's assertions were echoed by many activists throughout the Forum: it is up to the South - and Africa in particular - to champion notions of democracy that are not intrinsically tied to the market economy; to find new notions of power that facilitate, transform, and enhance; to redefine Africa through a discourse of dissent - one that decentres, disrupts and interrupts all that is dominant.

At the ASF we observed that while African civil society is not uniformly strong across all regions, trade unionists, students, women and young people are increasingly resisting neoliberalism on the continent - against the current of their politicians. At a session on NEPAD, a Zimbabwean delegate argued that African leaders, by attending G8 meetings and producing a policy document endorsed by the World Bank and International Mone-

tary Fund (IMF), are revealing that they „fear freedom, as former slaves who walk back to their masters, not yet ready to leave the master’s house“.

Along with their critiques of neo-colonialism and the lack of democracy in international policy-making, African activists were increasingly outraged at the lack of democracy within the Forum structure. The ASF often replicated prevailing socio-economic, cultural and political inequalities. In particular, despite the feminist tribunal at the beginning of the Forum, women were often not given sufficient space to participate and raise feminist issues throughout the conference. Plenary sessions and panel discussions were largely devoid of meaningful dialogue and debate. The sole exception, which will be discussed later as a promising alternative, was the Feminist Dialogue, where women arranged their chairs in a large circle to form the only space in the entire forum set up for the horizontal movement of knowledge in many directions.

Why the master’s tools will never destroy the master’s house

In *The Wretched of the Earth*, Frantz Fanon predicted the exhaustion of third world nationalism as espoused by many African leaders (1965). Indeed, without civil society resistance Africa’s bourgeoisie and its nationalist leaders may end up becoming the ‚cheap jack‘ to Western capitalism and imperialism. As one delegate argued, „the master’s tools [neo-liberal policies] will never destroy the master’s house [rich countries’ economic domination of Africa]“. Patrick Bond poses the question even more directly: will Africa aim to ‚fix‘ the International Financial Institutions (IFIs) such as the World Bank, World Trade Organisation (WTO) and IMF or ‚nix‘ them (Bond, 2000)? Or, in terms of

the central problematic posed in our report, will Africa merely substitute structural adjustments for ‚home-grown‘ structural adjustments such as GEAR and NEPAD? Are the foreign overseers such as the Bank and the IMF increasingly confident that they can count on local overseers to carry out their work? Has the logic of ‚fiscal discipline‘ become so normalised that Africa’s ruling class has yoked itself with fiscal self-discipline?

The social consequences of structural adjustment programmes have been evident in Africa for over two decades. The very real, human costs were evident as we walked through downtown Lusaka, where crumbling infrastructure includes the broken storm drains, clogged with garbage, that periodically become breeding grounds for cholera. The Lusaka-based Namibian human rights lawyer who showed us around mentioned that as a result of cutbacks espoused in structural adjustments and a high proportion of the country’s budget going toward debt servicing, patients attending the country’s public hospitals must provide their own drips, medicine, bedding and food.

Indeed, IFI-advocated cost recovery is alive and well in Zambia: advertisements on Zambian television announced that cut-offs of electricity were immanent for defaulters over the festive season and that electricity company employees who assisted them to reconnect would be liable for prosecution. Jubilee Zambia informed us that this year just shy of a third of Zambia’s budget will go toward servicing odious debt. Therefore, it comes as little surprise that Zambia’s life expectancy has been reduced by AIDS and other preventable and treatable infectious diseases to a mere 35 years of age. The choices facing Africa’s leaders are as stark as the slogans on t-shirts worn by

activists from the African Friends Service Committee: „LIFE“ or „DEBT“.

The very real impacts of neo-liberal policies on ordinary African people’s lives brought debates on how African politicians and civil society organisations should relate to IFIs into sharp relief. African politicians are already engaging with IFIs and G8 countries and it was clear to many delegates that NEPAD can be viewed as the product of such engagements. In this context, an important item on the agenda was African civil society’s engagement with IFIs such as the World Bank and Bank-supported programmes like NEPAD.

On the second day, a session was held on views of „Civil Society Engagement with the World Bank“ chaired by Kumi Naidoo of CIVICUS (an international umbrella body of NGOs). Naidoo outlined how CIVICUS’s board had for an eighteen-month period „embarked on a process of canvassing and documenting civil society views on engagement with the Bank“. Naidoo described this as a „painful process“ for which CIVICUS had received a great deal of criticism. Nevertheless, according to Naidoo, CIVICUS was powering ahead to hosting a „Global Policy Forum“ in April 2005 bringing together the Bank and civil society, which would mark „the end“ of its engagement with the Bank.

When the floor was opened, Console Tleane from the Freedom of Expression Institute of South Africa argued that CIVICUS was unfairly seeking legitimisation for its engagement with the Bank at the Africa Social Forum. Tleane pointed out that the conversation seemed awkwardly placed in the agenda of the Forum - rather than scanning civil society views on working with the Bank, delegates were ready to strategize how

to bring about the end of the bank by April 2005. Kenyan activist Njoke Njehu of 50 Years is Enough, a Washington DC-based NGO, argued that there have been three major civil society attempts to engage with the Bank, including the World Commission on Dams and the Extractive Industry Review - and they had all failed. The Bank's primary objective in trying to engage with civil society is to boost its public relations (PR) and lend a veneer of legitimacy and transparency to its opaque and undemocratic operations. Indeed, Njehu stated that the Bank has a PR budget in excess of US\$20 million per annum and seventy staff devoted to improving its image. She went on to question who actually funded CIVICUS's engagement with the Bank and in fact whether the organisation was truly independent of the Bank and those who support its agendas.

A Senegalese trade unionist in the Higher Education sector argued that the World Bank's policies had destroyed African Universities through dramatic budgetary cutbacks and cost recovery. Similarly, a Nigerian activist explained that she had attended a meeting with the Bank on PRSPs as recently as a month before and gained the impression the Bank had already decided on what policies should be adopted in the country and was merely „going through the motions“ of holding a meeting with civil society activists. Year in, year out this NGO representative had been to meetings with the Bank and had seen virtually no implementation of progressive civil society organisation's suggestions, except at the most cosmetic level.

Veteran South African anti-apartheid and social justice activist Dennis Brutus argued that CIVICUS was still actively engaged with the Bank and so it was disingenuous to argue that it was ‚disengaging‘ with the Bank, but

only after a big meeting in April 2005. Njehu went on to argue that the IMF and World Bank divided NGOs into pliant ‚good‘ NGOs like CIVICUS that it could ‚deal with‘ and critical ‚bad‘ NGOs like 50 Years that it refused to have anything to do with. If the Bank was serious about hearing civil society perspectives it would be prepared to hear very critical perspectives - even those arguing for it to be boycotted by ethical investors on the Bonds market and ultimately closed down.

Tleane argued for activists who did not agree with such engagement to protest at such meetings in a way similar to the „Not in My Name“ campaign launched by left-wing South African Jews opposed to Israeli President Ariel Sharon's policies in relation to Palestinians. One of the authors of this paper argued for 50 Years to demonstrate outside the meeting to show that not all civil society actors are in agreement with engagement with the Bank. South African Anti-Privatisation Forum activist Virginia Setshedi then led participating delegates in a protest song against collaborating with neo-colonial forces. Indeed, in an article entitled „No to World Bank-Civil Society Relations“, the African Flame, the daily ASF newspaper, reported on the session as follows:

Without a single dissenting voice, participants rejected any dealings with the Bank. The Bank's bad record on the continent and the tonnes of evidence that indict it for the continued poverty of the African people were cited as the main reasons why any engagement will not be meaningful. The message was clear: there [was] no way that the ASF would entertain any dealings with the Bank.

Activists in the NEPAD session came to the same conclusions on the potential of neo-liberal institutions

and policies. Senegalese economist Demba Dembele's rejection of NEPAD is based on two fundamental assumptions: that the West will never develop Africa and that most African leaders do not care about the welfare of their citizens. Pointing to the fact that NEPAD is premised on the extraction and export of Africa's prime resources and the opening of the continent to exploitative foreign direct investment (FDI), a Zimbabwean economist characterised NEPAD as „creating a Bill of Rights for trans-national corporations“. Thus, he concluded: „our engagement will mean nothing“.

Finding our own tools: Feminist Dialogue

In breaking with the structure of other Forum sessions in which two or three panellists (usually male) addressed an audience for roughly two hours and finished by fielding a handful of questions, the feminist dialogue was constructed as an actual conversation - open to dissent and debate and allowing ideas to build off each other. Chairs were arranged in a large circle and, by the end of the session, nearly every woman and man present had spoken their mind. Unfortunately, discussion revolved around gender and feminism in our societies (of women in power having become ‚patriarchs‘ and of the need for better, context-specific understandings of gender and feminism in order to avoid negative labelling, for example), but did not touch on feminism and the role of women within our own movements. The participatory form of the conversation embodied a dissent against the structuring of the ASF, and yet the critique must go further.

We know that women fuel our movements (and more isolated moments of resistance) across Africa, but they were in the minority at the Africa Social Forum because the leadership

of organizations and movements (i.e. those likely to represent organisations at international forums) are men. We know that we will go back to our meetings and some women may not feel free to speak up. Essentially, we know that patriarchy and other forms of dominance are being re-inscribed within our movements for resistance.

As Shallo Skaba, an Ethiopian coffee worker stated at the Africa Court of Women, „No one is looking for women’s problems. No one considers all that women are doing“. If movements go on as they are, women’s problems will not be looked for, much less effectively organized around. One woman suggested in the dialogue that feminism is a political consciousness around power and power inequalities. Let us, then, apply that critical consciousness to the society we resist against and to the vehicles of resistance that are propelled by our energy, our sacrifices, our limited resources, our courage - but too often not by our decisions and the wisdom of our experiences as women.

Again out of character with much of the Forum, several action items were decided upon. These included gathering and sharing feminist literature from across the continent over an email discussion list and in existing publications such as Feminist Africa, the Centre for Civil Society website and research reports, and WeWrite. Feminist dialogue must be wrestled back from the (mostly Northern) academic spaces which have co-opted and subsequently come to define (and confine) debate.

Those present also strategised ways to hold women who are elected into office accountable. This is gravely needed, as demonstrated in South Africa, where Health Minister Manto Tshabalala-Msimang has consistently pushed forward policies that have worsened - and ultimately taken - the lives of poor, black, HIV- positive women. In Tanzania, Fatima Alloo explained, women activists meet with each female politician upon assuming office. From the very beginning of her term - and often beforehand, during her campaigning - women activists attempt to become these politicians’ primary network and base. Since women so often identify with a system that will „protect“ them, the moment that they say ‚No‘, they are persecuted. Women activists can thus form alternative forms of protection, and women in high office can draw their power not from the prevailing system of patriarchal control, but from those who understand power’s underbelly.

Finally, activists called for further strategising on helping to make women economically independent. As one activist from the Gambia remarked, we must make it possible for women to get a divorce if necessary, to have some measure of financial independence. In a global economy where women pro-

duce over 80% of resources, and yet own less than 20% of them, the battle for economic sovereignty for women will be long and difficult. However, we will work to assure that women are not further exploited by our own movements, and that we create means for economic independence as we can.

Are our tools sharp enough?

Across several sessions, a number of participants asked similar questions: what are we doing to take the debates here back to the grassroots in our own countries? People are dying of AIDS in my country, aggressive cost recovery means that water and electricity are being disconnected, trade negotiations are taking place which may ruin livelihoods, how will this Forum take our struggles forward?

When we asked different delegates how the ASF meetings were organised, they could only answer with even more questions. How, for instance, were the meetings financed? How was the organising council constituted?

Activists from South Africa’s Social Movements Indaba (SMI) questioned the structure of the ASF (an un- elected, self- appointed, ‚unrepresentative‘ council) and its ‚lack of political direction‘. The SMI activists said they viewed the council and the ASF as biased toward NGOs, as membership of the council did not entail representivity and members of the council had to pay their own way to council meetings. A statement issued and circulated by the SMI expanded this critique:

„The underrepresentation of social movements in relation to NGOs is reflected in the political content of the forum. It manifests in the persistence of the notion that the Africa Social Forum is nothing other than a space, in contrast to the perspective that it

should have a programme to advance our struggle against neoliberalism.“

The SMI then went on to argue for a plenary to allow for collective decision-making on the structure and functioning of the ASF and develop a declaration and a programme of action.

These problems are not unique to the ASF. Other social forums have been critiqued for not culminating in sufficiently concrete political outcomes that would advance the struggles of social movements. For instance, in discussing the Boston Social Forum, Peter Marcuse recently argued that there was insufficient participation of „grassroots activists“ (activists who were very poor, on welfare, etc.) (Marcuse, 2005 forthcoming). In general, there was an expressed need to link the BSF and other Social Forums to „action“ with „concrete results“ (ibid, 3). As Marcuse argues, while such forums might offer the future „nucleus“ of a global social movement it is too early to speak of a global social movement focused on limited objectives and dealing with broader issues of power and social justice (ibid).

Similarly, an activist writing for schnews.org.uk on the 2004 European Social Forum held in London argued that: „[Activists] came to see if ‚another world is possible‘, yet as expected [the ESF] was hijacked by people whose vision seems seriously at odds with many people involved in grassroots politics“. Many ESF activists questioned the wisdom of replacing one set of unaccountable political cronies for another.

Building our own house: From ‚space‘ to action?

In order for the Social Forums to continue to have legitimacy with social movement activists they will have

to move beyond merely being ‚spaces‘ or ‚forums‘ for debate about ‚other possibilities‘ for the world and towards being forums for debating strategies and tactics and common campaigns. In essence, there seems to be a struggle for the soul of the Social Forums: will they be ‚talk shops‘ or ‚think tanks‘ or ‚arenas for planning action‘, ‚campaign launch pads‘ or ‚strategy and tactics seminars‘ ? As the feminist session of the ASF showed, making sessions more participatory and inclusive could be an important step in allowing legitimate critiques of the Social Forums and their constituent movements to emerge. In turn, this could allow for more focussed political discussions and outcomes at the Forums.

The stakes are high in this debate. As Setshedi argued: „people are being disconnected at home, what am I doing here if it doesn’t advance their struggle ?“. Or as an HIV-positive feminist activist from Zimbabwe argued, „people are dying of AIDS at home, we need to think of a common platform to campaign to improve their access to treatment“. Such activists argued that it takes precious time and resources to attend Social Forums and that they must have something to show for attending such forums.

ASF delegates rejected engagement with the Bank and NEPAD, however, it should not be forgotten that indirect approaches urging such engagement were made through civil society intermediaries. This shows that capturing Social Forums and blunting their impact is a tantalising outcome for the Bank and ‚third-way‘ politicians, which only adds a further sense of urgency to debates about the political direction and future of the Social Forums in advancing the aims of social movements for socio-economic justice. It is clear that social movement

activists around the world increasingly wish to ‚jealously guard‘ (SMI, 2) the Social Forums against de-politicisation and an inching towards irrelevant abstraction, merely providing ‚space for debate‘. Such activists recognise that if they exhaust themselves debating in ‚space‘ they will not seriously threaten the agendas of the Bank or the other IFIs in any serious way. And the blunter the tools of the Social Forums get, the greater the chance activists will simply dispense with them entirely.

.....
Amanda Alexander is a Visiting Researcher at the Centre for Civil Society, University of KwaZulu-Natal. Mandisa Mbali is a Research Fellow at the Centre for Civil Society, University of KwaZulu-Natal.
.....

References

- » Bond, Patrick (2000). Against Global Apartheid: South Africa meets the World Bank, IMF and International Finance. Cape Town: UCT Press.
- » „Endless Shit Flinging“ (2004). www.schnews.org.uk. 22 October.
- » Fanon, Frantz (1965). The Wretched of the Earth. NY: Grove Press.
- » Marcuse, Peter (forthcoming). „Are Social Forums the Future of Social Movements?“ International Journal of Urban and Regional Research.
- » Social Movements Indaba (2004). Statement distributed at the Africa Social Forum. 12 December.

[Der Artikel stammt aus dem Jahr 2004 und ist der empfehlenswerten Webseite des Centre for Civil Society aus Durban, Südafrika entnommen. www.nu.ac.za/ccs]

KRITISCHE NGOs IN AFRIKA

Die folgenden Organisationen haben u.a. den gemeinsamen Aufruf „Stoppt EU-AKP Freihandelsabkommen“ vom 01.06.2004 gegen die Economic Partnership Agreements (EPAs) der EU unterzeichnet.

Mwelekeo wa NGO (MWENGO), Simbabwe „Mwelekeo“ ist Kiswahili und bedeutet „Richtung“. MWENGO entstand 1991 als Zusammenschluss von NGOs im südöstlichen Afrika. Die Organisation berät, unterstützt und vernetzt unterschiedlichste Basisgruppen der Region, Frauen-, Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsinitiativen.
www.mwengo.org

Third World Network-Africa, Ghana TWN Afrika ist eine NGO, die Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik betreibt. Sie vertritt die Interessen von besonders marginalisierten Sozialgruppen und tritt für eine angemessene Verteilung globaler Gelder für den Kampf gegen Armut ein. www.twnafrica.org

Economic Justice Network (EJN), Südafrika Das ökonomische Gerechtigkeit - Netzwerkes (EJN), 2002 gegründet, ist die Zusammenführung von elf christlichen Räten der Nationen Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mozambique, Namibia, Südafrika, Swaziland, Tansania, Sambia und Zimbabwe. Alle Räte sind dem Weltrat der Kirchen angeschlossen. Hauptanliegen der Organisation sind der gerechte Umgang mit den illegitimen Schulden afrikanischer Länder, die Menschenrechte und die Suche nach alternativen Strategien zur Verminderung von Armut. www.ejn.org.za

EcoNews Africa, Kenya EcoNews Afrika ist eine kenianische NGO, die sich 1992 gegründet hat. Ihr regionaler Focus liegt auf den Ländern Kenya, Uganda und Tansania. Der Anspruch dieser Organisation ist die Aufwertung der Rolle ostafrikanischer NGOs. Ihr Ziel ist der Einfluss auf Politik und Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.
www.econewsafrika.org

Environnement et Développement du Tiers Monde (ENDATM), Senegal ENDA hat sich 1972 in Dakar in Zusammenarbeit mit dem Programm der Vereinten Nationen für Umwelt gegründet und wurde 1978 vom Afrikanischen Institut für Wirtschaftsentwicklung als internationale Organisation ohne Erwerbszweck anerkannt. Ihr Ziel ist der Kampf gegen Armut, für den Aufbau einer Zivilgesellschaft und für eine nachhaltige Entwicklung.
www.enda.sn

African Forum and Network on Debt and Development (AFRODAD), Zimbabwe AFRODAD ist eine Organisation, die an dauerhaften Lösungen für die Schuldenprobleme Afrikas interessiert ist. Sie mobilisiert die afrikanische Zivilgesellschaft, sich an der Arbeit des Entschuldungsnetzwerkes aktiv zu beteiligen. www.afrodad.org

Tanzania Gender Networking Program, Tansania TGNP wurde 1993 gegründet und arbeitet im Zivilgesellschaftssektor. Die Organisation konzentriert sich auf die praktische Förderung und die politische Anwendung der Geschlechtergleichheit.
www.tgnp.org

Labour Resource and research Institute (LaRRI), Namibia Namibias Arbeiterbewegung, die als bedeutende organisatorische Kraft in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auftauchte, ist eine Schlüsselfigur unter den Basisorganisationen in Namibia. Ihre Herausforderungen sieht die Bewegung darin, das Leben der Arbeiter durch Tarifverhandlungen zu verbessern und Strategien zu planen, um eine sozioökonomische Politik zugunsten ihres Wahlkreises zu beeinflussen. www.larri.com.na

Southern and Eastern Africa Trade Negotiations Initiative (SEATINI), Zimbabwe SEATINI, 2001 in Harare gegründet, ist eine afrikanische Initiative, die sich zur Stärkung der Kapazitäten Afrikas gebildet hat. Ihr Ziel ist es, den Prozess der Globalisierung besser handhaben zu können und somit wirkungsvoller an diesem System teilzunehmen zu können. www.seatini.org

Action for Development (ACFODE), Uganda ACFODE wurde 1985 gegründet. Das vordergründigste Ziel von ACFODE ist die rechtliche Gleichstellung der Frauen. Ebenfalls empfehlenswert ist die Seite des Women of Uganda Networks (WOUGNET) mit vielen Informationen zu Frauenorganisationen, Frauen in der Politik und Publikationen. <http://www.usc.edu/dept/ancntr/pdcomm/acfode.html>

Christian Relief and Development Association (CRDA), Äthiopien Die CRDA ist das größte NGO-Netzwerk Äthiopiens mit über 250 Organisationen als Mitglieder. Es konzentriert sich zum großen Teil auf Aktivitäten zur Unterstützung Rehabilitation, zur Bekämpfung der Armut, arbeitet mit Kommunen eng zusammen und koordiniert die NGO-Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP)- Aktionen. www.crdaethiopia.org

Association de Coopération et de Recherches pour le Développement" (ACORD), Äthiopien ACORD wird von einem internationalen Zusammenschluss mehrerer Hilfswerke getragen. Diese Organisation arbeitet seit 1999 vorwiegend in den Nuer-dominierten Gegenden. Das Entwicklungsprogramm wird mit lokalem Personal realisiert und konzentriert sich auf Tierhaltung und Veterinärmedizin.



Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: www.akweb.de

Spendenaufruf

Flüchtlingshilfe Libanon

800.000 Libanesen sind auf der Flucht. Die libanesischen Partnerorganisationen von medico international leisten Erste Hilfe für die Verletzten und Geflüchteten. Die Flüchtlinge brauchen Lebensmittel, Wasser, Medikamente, Unterkünfte. Und Ihren politischen Einspruch: Für ein sofortiges Ende des Krieges und der Gewalt. Libanon, Israel und Palästina. Für die Hoffnung auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben.

medico international bittet um Spenden unter dem Stichwort „Libanon“, auch online. www.medico.de

Spendenkonto: 1800, Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01



Die **iz3w** berichtet alle sechs Wochen über die Zumutungen des globalen Kapitalismus, über Soziale Bewegungen, Rassismus, Ökologie, Literatur und kritische Theorien.

52 Seiten, Einzelheft € 4,-
Abo € 32,- /erm. € 26,-



iz3w ► informationszentrum 3. welt

PF 5328 · D-79020 Freiburg · Fon (0761) 740 03 · info@iz3w.org · www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

WE ARE OUR OWN LIBERATORS



**Z
A
N
U**